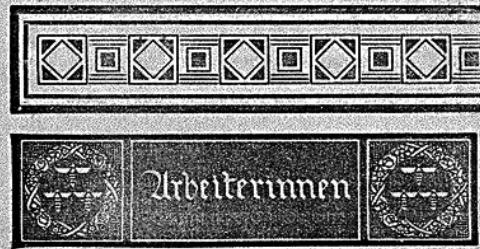


2. Die Nachtruhe ist an Mann und Fahrzeug gebunden und fällt in die Zeit von abends 6 Uhr bis morgens 6 Uhr.
 3. Anfang und Ende der Nachtruhe wird durch den Schiffsführer bestimmt.
 4. Wird das Fahrzeug durch elementare Ereignisse an der Fahrt verhindert, so fällt die Nachtruhe aus, wenn die Behinderung der Zeitdauer der vorgeschriebenen Nachtruhe gleichkommt oder dieselbe übersteigt. Voraussetzungen sind, daß die Mannschaft während der Fahrtdauer nach der Mannschaft nicht herangezogen wurde, anderenfalls ist die Nachtruhe nachträglich zu gewähren.
 Diejenigen Firmen, die sich verpflichten, die Arbeitsregelung in dieser Form in ihrem Betriebe einzuführen, werden von den Organisationen freigegeben, sofern sie sich bereit erklären, wegen der übrigen Forderungen baldigst zu verhandeln. Die Verhandlungen sollen gruppenweise nach Stromgebieten geführt werden; sie dürfen schon in den nächsten Tagen beginnen. Der Ausgang dieser Verhandlung ist der beste Beweis dafür, daß die Vereine der Unternehmer im Unternehmerverbande nicht lüchlerhaft sind. Die große Mehrzahl der anwendenden Unternehmer brachte bestimmt zum Ausdruck, daß eine Regelung durchaus notwendig sei.
 Der Bund deutscher Schiffer (Zuningsverband) nahm Stellung zum gegenwärtigen Lohnkampf in der Binnenschifffahrt. Am 19. d. M. tagte in Fürstberg a. M. eine von 600 Privatschiffern besetzte Zuningsversammlung, an der auch Vertreter der Arbeiterverbände und Vertreter des Unternehmerverbandes teil-

nahmen. Der Zuningsverband wollte sich entscheiden, ob er in diesem Kampfe sich auf die Seite des Arbeiterverbandes stellen sollte.
 Die Vertreter der Arbeiter gaben eine Darstellung über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen; sie betonten u. a., daß sie es für richtig hielten, wenn die Bundesleitung mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung treten würde, um einen Vertrag zu schaffen, der den Wünschen der Privatschiffer Rechnung trage. Die Vertreter des Unternehmerverbandes versuchten mit allen Mitteln, gegen die Arbeiterorganisationen scharfzumachen, sie forderten den Zuningsverband auf, sich dem Unternehmerverband anzuschließen. Die Herzen kliefen jedoch bei den Privatschiffern auf harten Widerstand. Die Privatschiffer fordern mit den Mannschaften die Nachtruhe. Und in der Organisationsfrage betonten sie, daß die Schiffsseigner sich nicht mit den Vertretern des Großkapitals verbinden könnten. Es mitdeltet sich dann auch nur zur Zeit 25 Mann, die dem Unternehmerverbände beitrugen.
 Es besteht jetzt die Aussicht, daß weitere Firmen sich auf dieser Grundlage mit den Arbeiterorganisationen verständigen werden.
 Eine ganze Reihe von Firmen hat glatt bewilligt. Soweit uns diese bis Medaktionschluß bekannt geworden, veröffentlichen wir deren Namen auf der letzten Seite dieser Nummer. Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß alle unter Verbandsmitgliedschaft der strengen Solidarität zu lösen haben. Also ist Streikarbeit zu vermeiden.

ist zunächst zu verstehen: Jede Arbeit, die sonst durch die Steuer- und Volksleute verrichtet worden ist, sowie alle Löss- und Ladoarbeiten in und auf Fahrzeugen, die bisher von den dem Kampfe fernstehenden Kollegen nicht verlangt worden sind. Demnach sind die bis zum Ausbruch des Streiks verlangten Arbeiten bei der Ladung und Entladung der Fahrzeuge weiter zu verrichten.
 Falls seitens der Unternehmer von den betreffenden Kollegen ein größeres Quantum von diesbezüglichen bisher verrichteten Arbeiten gefordert wird und dadurch Zweifel entstehen darüber, was ist Streikarbeit oder wo ist die Grenze zwischen „erlaubter“ und „gebotener“ Arbeit, dann soll in solchen Fällen eine sofortige Verhandlung mit der zuständigen Gauleitung oder uns nachgeschickt werden.
 Bei der Streikkontrolle ist seitens der Verbandskollegen ein größeres Quantum von diesbezüglichen von den Binnenschiffern muß der Sieg werden, zumal ihre Forderungen beschreibend und seitens des Unternehmers leicht erfüllbar sind. Der Unternehmertrotz muß gebrochen werden, durch die Einheitsorganisation der deutschen Transportarbeiterschaft.
 Deshalb in treuer Solidarität drauf und dran und durch!



Arbeiterinnen

Zur wirtschaftlichen Lage der Zeitungsträgerinnen in Nürnberg. Wer als aufmerksamer Beobachter die Zusammenfassung der hiesigen Bevölkerung betrachtet und dabei das Ueberwiegen der auf Lohnarbeit angewiesenen Bevölkerungsschichten konstatiert, glaubt sicher die Tatsache vorzufinden, daß gerade bei den männlichen Erwerbstätigen und vielen erwerbstätigen organisierten Frauen, auch bei den diesbezüglichen Zeitungsträgerinnen der Organisationsgedanke in Fleisch und Blut übergegangen sei. Über ist dies nicht der Fall, zum Schaden der Kolleginnen selbst. Erst in letzter Zeit wurde durch verschiedene Umstände das Interesse einer ganz hübschen Anzahl Trägerinnen für die Organisation geweckt. In Versammlungen vom 16. und 29. Januar und 12. Februar nach mit großem Beifall aufgenommenen Referaten von Fr. Grünberg, Arbeitssekretärin, und Kollege Strauß weit über 100 Trägerinnen der Organisation bei. Besonders in der letzten Versammlung wurden vom Referenten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zeitungsträgerinnen einer eingehenden Kritik unterzogen. Der größte Teil der Frauen könne es immer noch nicht begreifen, daß sie gerade in jedem Schritt der Verbesserung der Entlohnung nach vorwärts kämpfen müssen, wie die übrige Arbeiterschaft. Weisheit doch die unabweisbare Tatsache, daß infolge ihrer Unausgesprochenheit die Trägerinnen als billige und willige Arbeitskräfte benutzt werden. Betrachtet man die ganze Tätigkeit der Trägerinnen von Beginn bis zur Entlohnung, berechnet die dafür verwendeten Arbeitsstunden und vergleicht demgegenüber die Ausstragelöhne, so muß man zu dieser Auffassung kommen. Wohl betrachtet ein großer Teil der Unternehmer das Zeitungstragen als willkommene Nebenbeschäftigung der Frauen, entlohnen sie dementsprechend, wollen aber nicht eingestehen, daß durch die hohen Mietkategorien und dadurch hervorgerufene vermehrte Treppenzinsen, sowie andere Umstände, das Ausstragen für die Frauen immer beschwerlicher wird. Ruht doch oft noch die ganze Last des Haushaltes auf diesen Frauen und dürfte wohl selten bei dieser körperlichen Anstrengung das Zeitungsansuchen bis ins höchste Lebensalter zu tragen sein. Würden manche dieser Herren, die das Ausstragen so geringfügig beurteilen, diese Tätigkeit einige Tage selber ausüben, können sie sich bald zu einer anderen Beurteilung und insbesondere Behandlung der Trägerinnen. Die Frauen, die Tag für Tag 8 bis 4 Treppen im schnellsten Tempo sich abheben müssen, allen Winterangombuden ausgesetzt sind, dürfen sicher eine hohe Krankheitsziffer zu verzeichnen haben.
 Wir finden dann in den einzelnen Betrieben, daß die Trägerinnen für unentgeltbare Abonnementsgeber fahbar sind und die Frauen bei schlechtem Einkommen oft genug am Abrechnungstag ihren bald ein Monatsverdienst noch mit abliefern, den sie dann in kleinen Raten bei 6 verschiedenen Wiedereinnahmen. In den meisten Betrieben wird die Wartezeit nicht bezahlt und müssen die Frauen weiter oft stundenlang einsteigen, oder andere nicht zum Ausstragen gehörende Arbeit leisten, ohne irgend eine Vergütung zu erhalten. Die Unternehmer vertrieben es aber sich von ihren Auftraggebern, den Geschäftsfirmen, dafür schöne Beträge zahlen zu lassen. Da die Arbeitskraft der Trägerinnen somit den Vertriebsleistungen nichts kostet, müssen sie noch obendrein als Botenfrauen tätig sein. Wird dabei aber etwas nicht richtig besorgt, dann erfolgt trotz der unisoni geleisteten Dienste scharfe Zurückweisung. Man zeigt sich vielmehr dadurch erkenntlich, daß man den Trägerinnen bei ihrem geringen Verdienst noch die Krankensund Invaliditätsbeiträge zuzieht.
 Diese Verhältnisse sollten doch den Frauen die Augen öffnen und bei der immermehr zunehmenden Frauenarbeit das Grundübel der rückwärtigen Arbeiterschaft, die Unmöglichkeit, zu beteiligen. Alle Trägerinnen, ob jung oder



älter, besser oder minder gut bezahlt, sollten das gleiche Streben nach Verbesserung dieser Zustände haben. Nicht sich wegen der Anzahl der Zeitungen bekümmern, zur Schadenfreude der Arbeitgeber sondern dem raffinierten Antreibemaschine durch Anschluß an die Organisation entgegenzutreten. Vorzeichen sei die rührende Fürsorge einzelner Frauen um das Wohlergehen der Besizer, trotzdem die erste Antwort des Unternehmers beim Verlangen besserer Ausstragelöhne ist: „Dem es nicht genügt, kann ja gehen, ich bekommen gesunde und kräftige Frauen genug zum Ausstragen.“ Wie oft werden bei Beschwerden übertriebenster Abneigen Entlassungen verfügt, ohne daß man den Trägerinnen Gelegenheit gibt, sich zu verteidigen. Den Kolleginnen ist deshalb dringend zu raten, sich den nötigen Rückhalt bei der Organisation zu suchen. Die Ansicht der Unternehmertreife, die uns durch die Umfrage des „Berliner Tageblatt“ geoffenbart wird, daß gegenüber der männlichen die weiblichen Erwerbstätigen „anpassungsfähiger, bescheidener und kein ausgereagtes Selbstbewußtsein haben“ wird dann immer mehr verschwinden. Sont werden die Kolleginnen bei den Leuerungsverhältnissen ansitzeln vorwärts zu kommen, immer weiter zurückbleiben und an sich selbst meckern, daß wer nicht hören will, Not, Kummer und schlechte Behandlung täglich fühlen muß.
 „Königl. Stempelsteuer-Amt.
 Abteilung II¹ Erl. 88/13.
 Berlin, den 12. Februar 1913.
 Verkl. 9.
 Auf die beantragte Zurückzahlung des Stempels zu dem Kreisarztamt kann erst Entscheidung getroffen werden, sobald das Reichsgerichtsurteil hier bekanntgegeben ist.
 Weitere Nachricht wird Ihnen deshalb später ohne weiteres zugehen.
 Bezugsamt
 Eichel, Oberpostsekretär.“
 Der preussische Ausschimmel ist ein Umstands-
 kontinuitäts.
 Wir werden nun abwarten, ob der Fiskus nach Kenntnisnahme des Urteils die Chauffeure auffordert, ihr zu Unrecht gezahltes Geld abzuholen.
 Berliner Kraftdroschkenbetriebe. Die Entwicklung des Kraftdroschkenbetriebs hat Formen angenommen, die auch noch nicht in einem einzigen Gewerbe zu verzeichnen waren. Die Entwicklung an und für sich hat einen geradezu wahnwitzigen Verlauf genommen. Wenn auch anerkannt werden muß, daß in Beziehung der Ausstattung der Wagen und Aussehen derselben Grenzen nicht gesetzt werden sollen, so ist andererseits doch zu verurteilen, in welcher Weise auf diesem Gebiet vorgegangen wurde. Es kann hier nicht mehr von einem Fortschritt geredet werden, sondern von einer Schmutzkurrenz. Man hat ganz vergessen, daß es sich um Kraftdroschken handelt, die dem allgemeinen Verkehr dienen, und die geschmackvoll, bequem und sicher hergestellt werden sollten; — damit mußte es aber genug sein. Anstatt daran festzuhalten, hat man einen wahren Wettkampf eröffnet. Ein Unternehmer überbot, unterfützt von den Fahrern, den anderen. Es blieb nicht mehr bei einer äußerlichen geschmackvollen Ausstattung durch Metallbeschläge usw., sondern man ging dazu über, eine ganze Anzahl Laternen an die Wagen anzubringen, ja diese sogar mit Gold und Silber zu plattieren. Vorschläge von den teuersten Stoffen wurden verwandt, so daß die Droschken von den hochherkämpften Autos nur noch durch die Seitnummern zu unterscheiden waren. Nun werden einzelne sagen, daß sich das Kraftdroschkenbetriebe durch diesen unnützigen Luxus gehoben hat. Dies muß als purer Unfinn bezeichnet werden. Geboben hat sich das Gewerbe nur durch mechanische, technische Verbesserungen und weil das Auto den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt und unentbehrlich ist. Was hat diese Schmutzkurrenz aber noch sich gezogen? Der Preis der ersten Kraftdroschken stellte sich früher auf 7-9000 M., heute werden 22-25 000 M. dafür gezahlt. Wenn nun auch durch die Nummernhebungen der Wagen um 8-9000 M. mehr belastet wird, indem der Preis der Droschkennummer bereits bis auf 9000 M. heraufgezogen ist, so muß doch als festgestellt betrachtet werden, daß außer dem Nummerpreis heute 6000 M. mehr amortisiert werden müssen als früher. Dies hat allein die Ueberbietetung zu Wege gebracht. Das schlimmste bei alledem ist aber, daß heute mit der Renovierung oder Erneuerung nicht mehr solange getwartet wird bis der Wagen aufgebraucht ist, sondern oft in 2-3 Jahren die Erneuerung der Karosserie vorgenommen wird, um der Konkurrenz die Stange zu halten. Daß sich bei einer derartigen Renovierung immer noch andere Uebel bemerkbar machen, die ganz gehörig den Geldbeutel in Anspruch nehmen, versteht sich am Rande und somit ist wiederum eine Belastung entstanden, die natürlich aus dem Betrieb wieder herausgezogen werden muß. Dies sind so die Unannehmlichkeiten, die sich die Unternehmer teilweise selbst heraufbeschworen haben. Wer ist aber unter den geschädigten Verhältnissen der Hauptleidtragende? Dies sind unsere Kollegen! Infolge der Preissteigerung der Kraftdroschken sind die An-



Automobilfahrer

Stempelsteuer für das Kreisarztamt. Bekanntlich mußten alle Chauffeure bei Erlangung des neuen Führerscheines ein kreisärztliches Attest beibringen und wurden die Kollegen gezwungen, dieses Attest mit einer Stempelmarke in Höhe von 3 M. zu versehen. Da dieses dem Stempelsteuergesetz widerspricht, petitionierten wir in wiederholten Fällen bei der Steuerbehörde. Die Steuerbehörde nahm aber ein ablehnendes Verhalten ein und somit wurde unweitiger Klage erhoben. In mehreren Reichsgerichtsentscheidungen wurde zugunsten der Chauffeure entschieden. So sind wiederum am 15. 11. 12 und am 10. 1. 13 obliegende Entscheidungen gefällt worden. Um den Fiskus um die Herausgabe der 3 M. zu erinnern, stellen wir unsere Kollegen nochmals folgenden Antrag stellen:
 „Berlin, den 1910.

Am das
 Königl. Stempel- und Erbschaftsteuer-Amt
 Berlin, Werksstraße 9.
 Der ergebenst Unterzeichnete ist von dem Kreisarzt Herrn Dr. unterrichtet worden und ist ihm das Gesundheitsattest über die Befähigung zur Führung eines Kraftfahrzeuges ausgestellt worden. Dieses Attest hat Unterzeichneter mit einer Stempelsteuer in Höhe von 3.- M. versehen müssen.
 Nach dem preussischen Stempelsteuer-Gesetz vom 30. Juni 1909 (77, Z. a und 77, Z. 4) sind Atteste stempelfrei.
 Dies hat auch obengenannte Steuerbehörde am 9. September 1910 wie folgt bestätigt:
 F. 10 639. Die von den Kreisärzten den Kraftwagenführern auf Grund des Reichsgesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909 ausgefertigten Gesundheitsatteste sind, da sie im öffentlichen Interesse erstellt werden, stempelfrei. (Siehe Reichsgerichtsentscheidung vom 15. November 1912. Abt. 302, 12.)
 Ich beantrage daher, mir die zu Unrecht erhobene Stempelgebühr in Höhe von 3.- M. zurückzahlen zu wollen. Das Attest befindet sich auf der Sammelrolle des Königl. Polizei-Präsidiums.“
 Hierauf wurde folgende Antwort erteilt:

Dringend notwendig ist es, daß alle Droschken-treiber sich aufrufen und sich geschlossen dem Verbande anschließen, soweit es bis jetzt noch nicht geschehen ist, um so gemeinsam zu arbeiten, daß der Droschkentreiberberuf wieder auf seine alte Höhe kommt. Das kann aber nur geschehen, wenn die sozialen Verhältnisse in der Branche eine gewisse Umänderung erfahren haben. Darum muß die Kolonne Droschkenfahrer, organisiert für einen Verband, damit unsere Reihen im Kampfe gegen die Polizei und im Kampfe zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen geschlossen sind. Der letzte Kollege muß zur Organisation. Dann ist es aber auch dringend notwendig, daß die monatlichen Versammlungen besser besucht werden, wie dieses in der letzten Zeit geschehen ist. Einigkeit macht stark.

Magdeburg. Eine wichtige Entscheidung fällt das hiesige Landgericht in Sachen der „Zahüberschreitung“ eines Chauffeurs. Zu Pfingsten v. J. brach bekanntlich ein Streit der hiesigen Droschkentreiber und Droschkenfahrer wegen der Schaffen polizeilichen Handhabung der Straßenpolizeiverordnung aus. Grund zu dieser ArbeitsEinstellung gaben außerdem noch die häufigen Strafmomente wegen „Zahüberschreitung“. Um einmal ein Beispiel wegen der Gültigkeit des § 62 der hiesigen Straßenpolizeiverordnung zu konstatieren, beantragte der Chauffeur wegen des erhaltenen Strafmandats gerichtliche Entschädigung. Vor dem Schöffengericht wurde der Chauffeur wegen der „Zahüberschreitung“ freigesprochen. Gegen dies Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein. Das Landgericht verwarf die eingeleitete Berufung des Staatsanwalts und sprach den Chauffeur kostenlos frei. Wir lassen nachstehend die Begründung des sehr interessanten Urteils folgen:

Am 8. April 1912, an welchem Tage auf den Briefen am Herronrat bei Magdeburg ein Wende-rennen stattfand, hat der Angeklagte vor seinem Galte-platz nur drei Herren nach dem Kennzeichen gefahren, hat dort bis zur Beendigung des Rennens gewartet und dann seine Gasse wieder zur Stadt zurückgeführt. Er gibt zu, hierfür mit den Fahrgästen vor Beginn der Fahrt einen Preis von 15 Mk. vereinbart und diesen Preis erhalten zu haben, obwohl die nach der Droschkenordnung vom 11. Januar 1908 zu erhebende Gebühr nur 10,80 Mk. betragen haben würde. Der Angeklagte behauptet aber, daß die drei Herren von ihm das Karren während des ganzen Rennens ver-langen und für die Fahrt ihm die vor einem Jahre 15 Mk. geboten hätten. Er hält solche Vereinbarung für erlaubt, hat deshalb gegen den polizeilichen Straf-befehl vom 2. Mai 1912 auf gerichtliche Entscheidung angetragen und ist auch vom Schöffengericht freige-sprochen worden. Die hiergegen von der königlichen Staatsanwaltschaft form- und fristgerecht eingeleitete Berufung konnte keinen Erfolg haben. Es ist allerdings richtig, daß die Droschkenordnung für Fahrten nach den Kennzeichen als zum Stadbezirk gehörig bei drei Fahrgästen die Tage 2 vorsteht und der Chauffeur außerdem für Hin- und Rückfahrt durch den Taxameter angezeigten Fahrpreisen für Fahrtzeit nur 10 Pf. für je 5 Minuten berechnen darf. Es ist auch richtig, daß der Angeklagte danach für die Fahrt am 8. April 1912 nur 10,80 Mk. zu berechnen hätte. Es ist endlich richtig, daß die Droschkenordnung freie Vereinbarung nur für Schlittenfahrten und Fahrten nach anderen als den in § 56 angeführten Orten vorsteht (§ 62). Da-mit ist aber nicht gesagt, daß dem Droschkentreiber in allen anderen Fällen die freie Vereinbarung verboten ist. Eine derartige Bestimmung hat das Gericht aus den Vorschriften der Droschkenordnung nicht zu entnehmen vermocht; denn wenn dort auch in § 65 be-stimmt ist, daß der Droschkentreiber länger als eine Stunde nicht zu warten braucht, so daß er sich trotz des allgemeinen festgesetzten Kartographierungszwangs länger dem Fahrgast für ihn unzulässigen Warten nicht auszulassen braucht, so lassen sich doch zahlreiche Fälle denken, in denen der Fahrgast die Droschke nur ge-bräuchen kann, wenn sie unbedingt auf unbestimmte Zeit auf ihn wartet, bis er sie zur Rückfahrt benutzt. Es lassen sich auch andere Fälle denken, zum Beispiel Fahrten mit Schwerkranken, bei denen nur Schritt ge-fahren werden kann; auch in solchen Fällen wäre es unbillig, die freie Vereinbarung auszuschließen zu wol-len. Es ist auch offenbar nicht der Sinn des § 62, daß in allen dort nicht angeführten Fällen die freie Vereinbarung ausgeschlossen sein soll; das ist schon daraus zu entnehmen, daß die Droschkenordnung den Fahrgast für eine fünfte Person nicht bestimmt, ob-wohl die Beförderung von 5 Personen nach § 55 zu-lässig ist.

Muß aber in diesem Falle hinsichtlich der fünften Person freie Vereinbarung zulässig erscheinen, so muß sie es auch sein, wenn von einem Fahrgast eine lannee Fahrzeit verlangt wird, so der der Droschkentreiber an sich nicht verpflichtet ist. Wollte die Droschken-ordnung durch ihre Bestimmungen jede freie Ver-einbarung in den nicht in § 62 aufgeführten Fällen aus-schließen, so könnte man geneigt sein, eine solche Bestimmung für ungültig zu halten, das kann dahin-gestellt bleiben, da eine solche Bestimmung nicht vor-liegt. Schließlich darf der Droschkentreiber für Fahrten innerhalb des im § 56 bestimmten Gebietes nur tar-xmäßige Gebühren fordern, und es ist zweifellos unzu-lässig, wenn an Renntagen für gewöhnliche Fahrten von den Wagenführern höhere Gebühren gefordert werden.

Aber für eine in der Droschkenor-dnung nicht geregelte, besonders ge-artete Fahrt, erscheint eine freie Ver-einbarung zulässig. Da es sich bei der Fahrt des Angeklagten um einen solchen Fall handelt, so hat er sich einer Übertretung der Vorschriften der Droschkenordnung nicht schuldig gemacht.

Die Berufung gegen das freisprechende Urteil wor-über zu verurteilen; die Kosten des Verfahrens waren nach § 505 Str. P. O. der Staatskasse aufzuerlegen.



Fürstenaue. Schöffengericht. Wegen Ge-fährdung eines Eisenbahntransports hatte sich der Vier-jährer Br. von hier, welcher bei dem Brauereibesitzer Sakig in Arbeit stand, zu verantworten. Er wurde am 14. August v. J., abends in der 10. Stunde, als er von einer Landspur heimkehrend mit seinem mit leeren Fässern beladenen Fuhrwerk die Ueber-führung der Kleinbahn Fürstenaue-Preßtor auf der Chaussee zwischen Langewahl und Reichen-dorf passierte, belanctlich von einem aus der Richtung von Fürstenaue kommenden Eisenbahnzuge erfasst. Die Weiche wurde durchbrochen, Krücker und Weiche links und rechts zur Seite geworfen. Br. trug neben sonstigen Kontusionen einen Bruch des linken Beines davon. Er ist heute noch nicht vollständig hergestellt. Ein Pferd trieferte. Der Eisenbahnzug war, abge-sehen von geringfügigen Beschädigungen der Puffer der Lokomotive unverletzt geblieben. Die Anlage legte dem Br. zur Last, die von dem Zuge durch Säuten gegebenen Warnungszeichen unbachtet ge-lassen und nicht rechtzeitig vor der Bahnüberführung gehalten zu haben. Br. behauptet demgegenüber, daß er von dem Säuten nichts gehört habe, weil an dem fraglichen Abend regnerisch-stürmisches Wetter ge-herrschte und das Geräusch seines mit Säuten be-ladenen Wagens ihm dies unmöglich gemacht habe. Auch habe eine solche Fährnis geherrschte, daß er nichts habe sehen können. Die als Zeugen ver-nommenen Angestellten des Eisenbahngesellschafts gaben jedoch schon lange vor der Chaussekreuzung ge-räuscht worden sei, gaben aber der Möglichkeit Raum, daß daselbe infolge des herrschenden starken Windes in der Ferne nicht hörbar gewesen sei. Ein zweiter Krücker, der hinter dem Angeklagten fuhr, bestätigte die Angaben. Der Chef des Angeklagten bestätigte ferner, daß Legierer weber betrunken gewesen sei noch geschlafen haben könne, sowie daß er auch sonst ein nichterner zuverlässiger Mann sei. Der Ver-teidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Frankenfeld (Frankfurt a. O.) konnte mit Recht darauf hinweisen, daß von einer Schuld des Angeklagten an dem Un-fall keine Rede sein könne. Die Schuld liegt viel-mehr an den ganz unzureichenden Schutzvorrichtungen, welche im Kleinbahnverkehr bei den Straßen- und Weichenübergängen herrschen und welche bei Si-tuationen wie der vorliegenden, vollständig ver-langen. Das Gericht kam noch zu keiner Entscheidung, sondern beschloß, in einem neuen Termine mehrere Sachverständige — einen von der Staatsbahnverwal-tung und einen von der zuständigen Unfall-Versuchs-gesellschaft — darüber zu hören, ob dem Ange-klagten das Säuten des Zugs zu der kritischen Zeit entzogen konnte. Erforderlichen Falls soll die Ver-nehmung am Orte des Unfalls stattfinden.



Magdeburg. Streit der Fensterputzer be-der Firma S. Jemlin & Co. Wegen Minderregelung von 8 Verbandsmittelnehmern legten am 6. Februar letz-tliche organisierte Fensterputzer 10 an der Zahl — die Arbeit nieder. 8 notorische Streikbrecher blieben im Be-triebe. Die Kündigung unserer Mitglieder wurde mit an-genehmem Arbeitsmangel begründet. Trotzdem sucht die Firma allen zur möglichen Durch-einschließen, um den Firmeninhabern zu zeigen, daß der Betrieb im Ganzen ist. (Ebenfalls) Judachausler und sonstige Elemente spielen jetzt die „Kassiererei“ und „beschnieren“ die Fensterputzer. Diese „Schmiererei“ dürfte von den Firmeninhabern ganz an-fänglich bestraft werden. Herr Jemlin ist ein großer Or-ganisationsfeind und will „organisierte“ Puffer in seinem Betrieb nicht dulden.

Dieser Streit ist am Sonnabend, den 16. Februar, abgebrochen worden, da außer den notorischen Arbeits-willigen: Ahrens, Duwald und Heinrichs, die Firma mit einer doppelt so großen Anzahl ungebür-der Arbeitskräfte den Betrieb aufrecht zu erhalten versuchte. Trotzdem stand die Sache für die Streikenden günstig, wenn sich nicht im entscheidenden Moment drei der streiken-den Puffer und zwar die Puffer: Wilhelm Seehaus, Paul Schulz und Hermann Schulz durch Herrn Jemlin beiraten ließen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Diese drei Puffer wurden zu Vertretern ihrer Mitstreikenden, mit denen sie vorher einmütig beschlossen hatten, Herrn Jemlin durch die Organisation zu veranlassen, in seinem Betrieb geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Ein-führung zu bringen. Durch den Verrat dieser drei Puffer stand die Zwecklosigkeit der Weiterführung des Streits fest, der dann diesbezüglich abgebrochen wurde. Warten wir nun ab, wie lange dieser mit Streikbrechern besetzte Betrieb seine Existenz fristen kann.



Berlin. Ueber ein in der Konfektionsbranche leidet noch seltenes Ereignis sind wir in der ange-nommenen Lage, heute berichten zu können. Man höre und staune: Die Handelshilfsarbeiter der Firma D.

Levin, Hausvoigteiplatz, sind endlich aus ihrem lan-gen Winterdorm schlief erwacht. Durch das stete Drängen der Massenbewußten Kollegen unseres Verbandes sind endlich auch die schlammigsten und gleichgültigsten Kollegen wachgerüttelt worden und für ein gemein-sames Vorgehen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bewegen gewesen. Dieser plötz-liche Umschwung in den Anschauungen über die evtl. Erfolgsmöglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens erklärt sich daraus, daß 1. bei Reueinstellungen bedeutend höhere Löhne seitens unserer Verbandskollegen gefor-dert und auch von der Firma gezahlt wurden. 2. Wird jetzt durch den Wechsel in der Firma (jetziger Inhaber Freudenberg) jeder einzelne streikender herangezogen und die alte „Gemüthsheit“ schwindet mehr und mehr. Es ist als Neuerung jetzt ein Hausmeister im Betriebe, der auf alles zu achten und für die nötige Vertretung jedes einzelnen Kollegen zu sorgen hat. Sogar, man kam zusammen, formulierte die Forderungen und wählte eine Kommission von drei Kollegen. Diese wurde vorlässlich und überreichte die Forderungen dem Herrn Freudenberg. Einige Positionen des vorgelegten Entwurfs bewilligte man gleich; über die Lohnfrage und Urlaub erbat der Herr sich noch Bedenken. Er nahm sich dann die bei der Firma B. Manheimer, Oberwallstr., bestehenden Engagementsbedingungen als Grundlage. Da dieselben schon vor zwei Jahren ab-geschlossen worden sind und sich inzwischen die Lebens-bebedingungen durch die Verteuerung aller Lebensmittel bedeutend verschlechtert haben, wurde die Kommission beauftragt, nochmals vorlässlich zu werden und eine Verbesserung durchzusetzen. Und es muß gesagt werden, in der entgegenkommendsten Weise hat sich Herr Freudenberg bei der Verhandlung gezeigt und schließ-lich zur Einführung des folgenden sogenannten Engagementsvertrages verhandelt:

„Engagementsbedingungen für Handelshilfsarbeiter der Firma D. Levin.“

Böhne. Engros-Abteilung: Mindestlohn pro Woche für Ledige 26.— Mk. Mindestlohn pro Woche für Verheiratete 28.— Mk. Folgend von Jahr zu Jahr um 1.— Mk. pro Woche bis zum Höchstlohn von 34.— Mk.

Detaill-Abteilung: Mindestlohn pro Woche für Ledige 24.— Mk. Mindestlohn pro Woche für Verheiratete 26.— Mk. Folgend von Jahr zu Jahr um 1.— Mk. bis zum Höchstlohn von 32.— Mk. Die Zulage zu den heute festgelegten Löhnen wird zum ersten Male am ersten Sonntagabend nach dem 1. Januar 1914 gezahlt. Im übrigen wird die Zu-lage an jedem Quartalsanfang verrechnet und gezahlt.

Sommerurlaub. Wer bis zum Schlusse des vorhergehenden Jahres eingetreten ist, erhält im Sommer 3 Arbeitstage, nach 2jähriger Tätigkeit 5 Arbeitstage, nach 5jähriger Tä-tigkeit 8 Arbeitstage, nach 10jähriger Tätigkeit 14 Arbeitstage Urlaub.

Uebersstunden: Für die Arbeitszeit nach 9 1/2 Uhr werden mit 1.— Mk. Abendbrodget bezahlet. Sonntagswache: Vergütung 3.— Mk. Meißelgeld (Kasser-Spielen): 6.— Mk. pro Tag. Krankentage: Die Beiträge werden ohne Aus-nahme vom Lohne getragt. In Krankheitsfällen ist die Firma D. Levin berechtigt, das Krankengeld vom Lohne zu kürzen.

Kündigung: Eine Woche Kündigungsfrist. Neuengagements: Dürfen auch über den Mindestlohn hinaus abgeschlossen werden.

Man kann im allgemeinen von einer Erhöhung der Anfangslohne um 2 Mk. pro Woche reden. Eben-falls sind sofortige Sobierhiebungen eingetreten und zwar für 9 Kollegen von 2 Mk. pro Woche und für 7 Kollegen von 1 Mk. pro Woche. Auch bestand früher kein direkter Höchstlohn.

Wenn ein Kollege es nach 11jähriger Tätigkeit gütlich bis auf 30 Mk. Lohn pro Woche gebracht hatte, so galt das als Ausnahme. Dies able Ver-hältnis ist jetzt durch Einführung eines Höchstlohnes beseitigt worden und haben die Kollegen nicht mehr wie bisher nötig, um Zulage fast zu betteln. Daß in Krankheitsfällen zum Krankengeld soweit zugebählt wird, daß kein Lohnausfall eintritt, ist zu begrüßen. Daß bei Verweisung des Sommerurlaubs die im Be-triebe erst kürzere Zeit tätigen Kollegen nicht ganz zu-frieden gestellt werden konnten, ist ja nicht erstlich, muß indes für diesmal mit in Kauf genommen wer-den. Offen wir, daß sich vielleicht später mal mehr herausstellen läßt. Für Uebersundenbezahlung hat man sich noch an der allhergebrachten Abschrottelg-Ver-gütung gehalten. Hierzu muß bemerkt werden, daß gar zu viele Uebersunden nicht gemacht werden und im übrigen auch Wehnachtszulage gezahlt wird. Alle Vierteljahr vielleicht kommt ein Kollege zur so-genannten Sonntagswache (von 10 bis 5 Uhr) an die Reihe. Dafür wurden bisher sage und schreibe ganze 50 Pf. gezahlt; jetzt gibt's, wie im Vertrag steht, 3 Mk. Gewiß eine ganz außerordentliche Verbesserung gegen früher. Für die Kollegen Meißelpader ist auch eine Erhöhung ihrer Speisen um 0,50 Mk. pro Tag zu vereinbaren. Es ist dies um so notwendiger ge- worden, als man allerorts für Logis, Essen u. derglei- chend höhere Preise zahlen muß. Dann ist noch etwas durchgesetzt worden, was im Vertrag etwa sei-zulegen nicht nötig war. Es handelt sich um die Be-festigung der Leiber noch weit verbreiteten Unsitte, die Kollegen bei ihrem Vornamen zu rufen, ja, wenn zwei Kollegen des Namens Friedrich im Betriebe sind, werden sie mit „1.“ und „2.“ nummeriert. Durch ein Anschlag ist das Personal auf diese Ueberänderung hinge-wiesen worden.

Wenn man nun in Betracht zieht, daß 50 pCt. der im Betriebe beschäftigten Kollegen noch Mitglieder des Geschäftsbüchlers- und Kasser-Vereins sind, und wenn man sich die allgemeinen Verhältnisse speziell in den gemischten Konfektionsbetrieben vor Augen

hält, so kann man ohne Ueberhebung von einem beachtenswerten Erfolg sprechen. Insbesondere was man diese als erste nennenswerte erfolgreiche Lohnbewegung ohne Arbeitseinstellung in der leider noch sehr rüdenständigen Branche der Handelshilfsarbeiter bezeichnen muß. An jeden einzelnen Kollegen liegt es nun, diesen ersten Erfolg in unserer Branche agitatoren auszumerzen. Kollegen! Laßt endlich Euren Spleen endlich fahren. Ihr seht doch, man braucht nur wenig zu sein. Wer hätte von Euch geglaubt, daß es bei D. Levin jemals soweit kommen würde? Nur mehr Vertrauen zu der eigenen gerechten Sache, die Ihr als Verbandskollegen die Pflicht habt, zu vertreten. Drum kommt in die Versammlungen. Bringt die Unorganisierten mit; zeigt ihnen an Hand dieses Vertrages, daß es wohl möglich ist, auch in der Konjunktionsbranche vorwärts zu kommen. Tue ein jeder seine Pflicht, dann werden sich diesem Erfolge andere, bessere anreihen. Denn:

„Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß.“

Zur Freitaglohnzahlung im HandeLsgewerbe. Von der unbedingten Nothwendigkeit der vollständigen Sonntagsruhe auch im Handels- und Transportgewerbe ist wohl jeder der Beschäftigten vollkommen überzeugt. In der heutigen Zeit, wo jeder, auch der Handelshilfsarbeiter, seine ganze körperliche und geistige Kraft in den Dienst des Kapitalismus stellen muß, um für sich und die Seinen den notwendigsten Lebensunterhalt zu beschaffen, ist es eine Naturwidrigkeit, nach sechs Tagen anstrengenden Schaffens einen Tag der Ruhe und Erholung zu pflegen. Leider gibt es besonders im HandeLsgewerbe noch eine sehr große Zahl Kollegen, denen es nicht vergönnt ist, auch nur einige Sonntage im Jahre für sich frei zu haben. Tagelohn, tagelohn, ob Wochenende oder Sonntag, müssen sie dem Kapitalismus fronen. Unsere Vertreter in den Parlamenten haben sich die größte Mühe gegeben, um die gesetzliche Einführung der vollständigen Sonntagsruhe durchzusetzen. Wähler scheiterte dieses Unternehmern stets an dem heftigen Widerstande der Unternehmer bzw. Geschäftsinhaber. Sie versahen sich darauf, daß sie am Sonntag immer noch eine große Einnahme zu verzeichnen haben, und daß es die Arbeiter vielfach selber sind, die sie zwingen, ihre Geschäfte am Sonntag offen zu halten. Geht man nun der Sache auf den Grund, so muß man sagen, daß diese Behauptung beachtenswert ist. Es gibt immer eine ganze Anzahl Arbeiter, die ihre Einkäufe des Sonntags besorgen. Fragen wir nun, woher das kommt, so wird man in den meisten Fällen hören, daß unsere Kollegen gar nicht in der Lage sind, ihre größeren Einkäufe in den letzten Wochentagen vornehmen zu können. Bei den heutigen teuren Zeiten behalten sie selten soviel Geld übrig, um vor der Lohnzahlung noch die Einkäufe zu besorgen. Da sie aber ihren Lohn erst am Sonnabend nachmittag ausbezahlt bekommen, sind sie eben gezwungen, am Sonntag einzukaufen. Um dieses nun zu besätigen und den Unternehmern auch den letzten Vorwand für ihren Widerstand zu nehmen, wäre die Freitaglohnzahlung noch ein von großer Wichtigkeit. Unsere Vertreter in den Stadtparlamenten sind daher auch mit aller Kraft dafür eingetreten, die Freitaglohnzahlung in den städtischen Betrieben eingeführt wird. In einigen Städten, so in Berlin, Frankfurt a. M. usw. sind die dahingehenden Anträge auch angenommen und befohlen, die in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter den Wochenlohn schon am Freitag auszubezahlen. Auch einige größere Berliner Firmen haben auf Antrag unserer Kollegen die Freitaglohnzahlung schon eingeführt, so die Firmen Veet u. Clöppenburg, C. V. Herpich Söhne, S. Adam usw. Dabei hat die Einführung dieser Neuerung nicht einmal große Schwierigkeiten gemacht, aus dem einfachen Grunde, weil sie den Unternehmern so gut wie keine Unkosten verursacht. Wenn also die Kollegen mehr wie bisher für die Freitaglohnzahlung eintreten, würden sie in den meisten Fällen auch damit durchbringen. Dadurch würde das Kaufen am Sonntag ganz erheblich eingeschränkt werden und die Unternehmer würden vielfach selbst zu der Einsicht kommen, daß es sich nicht mehr lohnt, am Sonntag die Räden offen zu halten. Wir würden in unserem Kampf um Einführung der vollständigen Sonntagsruhe wieder einen Schritt vorwärts gekommen sein, und ist es daher Pflicht eines jeden Kollegen, soweit wie möglich für die Freitaglohnzahlung einzutreten. Haben wir die letztere erst erreicht, dann wird uns auch die Erringung der vollständigen Sonntagruhe gelingen.

Halle a. S. Die Handelshilfsarbeiter hielten am 5. Februar eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher zunächst von einem Antwortschreiben der hiesigen Handelskammer Kenntnis genommen wurde. Es wurde hierauf beschlossen, der Ansicht der Handelskammer zu folgen und ein Rundschreiben an die Kaufmannschaft zu erlassen, in welchem um Einführung der Freitaglohnzahlung ersucht werden soll. In der nächsten Sektionsversammlung soll dann Bericht über den eben. Erfolg gegeben werden. Dann wurde die Abrechnung vom letzten Geschäftsdienervergütigen entgegengenommen, welches eine Einnahme von 112 Mk. und eine Ausgabe von 94 Mk. ergab. Hierauf wurde die Neuwahl der Sektionsleitung erledigt und gingen die Kollegen S. B. und D. als gewählt hervor. Unter Punkt Verschiedenes wurden mehrere Differenzen erwähnt, die sich in verschiedenen Handelsgeschäften abgespielt haben. Der Briefwechsel zwischen diesen Firmen und der Organisationsleitung gipfelte in den meisten Fällen eine Regelung der strittigen Angelegenheiten, und wurde hierbei mit Recht hervorgehoben, daß wir seitens der Arbeitgeber immer mehr als mißprechender Faktor im Wirtschaftsleben angesehen werden. In einem Falle, bei welchem es sich um die Beendigung von Schulz u. Wirtler handelte, die nach gemachten Mitteilungen ihren Arbeitern die Zugehörigkeit zur Or-

ganisation bei Strafe der Entlassung verbiete, ging auf eine diesbezügliche Anfrage seitens der Verbandsleitung von der Firma ein Schreiben ein, in welchem sie ihre Verwunderung über die ihr zugeschobene Handlung anspricht. Sie bitte darum, an geeigneter Stelle bekannt zu geben, daß sie ihren Arbeitern nicht das geringste in den Weg lege, wenn sich dieselben organisieren wollten. Hierzu wurde zum Ausdruck gebracht, daß es sich ja nur in Kürze zeigen müße, ob die betreffenden Kollegen wirklich gewillt wären, sich den Reiben der organisierender Berufsgenossen mit anzuschließen. Die Mitteilungen, daß bei der Firma G. F. Ritter, Spielwarenhandlung, auch jetzt noch kein einziger Hausdiener organisiert ist und daß bei der Firma Huth und Co. auf alle Verbandsmitglieder seitens der sogenannten Oberkassen ein nicht gerade einwandfreier Druck ausgeübt wurde, wurden mit Entrüstung aufgenommen. Betont wurde dabei, daß es Pflicht der Arbeiterorganisationen sei, darauf zu achten, daß sie sich ihre event. bei diesen Firmen gekauften Waren nur von organisierten Hausdienern an Ort und Stelle bringen lassen. Weiter wurde noch mitgeteilt, daß auch bei der Firma W. Bär Nachf. nicht einer der dort beschäftigten Hausdiener organisiert sei, daselbe sei zum großen Theil auch im Warenhaus Kaufhaus der Fall. Zum Schluss wurden die Anwesenden ermahnt, daß alles aufgebodet werden müsse, Aufklärung in die Reihen der Unorganisierten zu tragen, denn nur dann, wenn die Einigkeit immer mehr an Boden gewinne, sei es möglich, immer größere Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis zu erzielen. Die Sektion, die zurzeit 786 Mitglieder zähle, müsse am Schluß des Jahres mindestens 1000 betragen. Dies zu verwirklichen, sei Pflicht jedes einzelnen.

Die Organisationen der Arbeitgeber im Jahre 1912.

Der wirtschaftliche Zusammenschluß in jeder Form schreitet von Jahr zu Jahr fort. Wie lange noch und man wird kaum einen Deutschen mehr finden, der nicht wirtschaftlich organisiert ist. Gleich den Arbeiterorganisationen behüteten auch die Arbeitgeberverbände im Jahre 1912 traktante Fortschritte. Im letzten Jahre waren nicht weniger als 182486 Arbeitgeber in Wirtschaftsverbänden zusammengeschlossen; in den Verrieben dieser Unternehmern wurden 4378278 Arbeiter beschäftigt. Das Wachstum der Unternehmerverbände in den letzten drei Jahren ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Jahr	Zahl der Verbände	Zahl der Mitglieder	Bei organisi. Untern. beschäft. Arbeiter
1910	2613	115 095	8 854 690
1911	2928	127 424	4 072 410
1912	305	182.85	4 378 275

Von den einzelnen Berufsgruppen ist das Baugewerbe mit der höchsten Arbeiterzahl beteiligt. Im letzten Jahre waren 43177 Bauunternehmer, die zusammen 800 224 Arbeiter beschäftigten, in wirtschaftlichen Organisationen zusammengeschlossen. Dagegen stellten die organisierten Maschinenindustriellen die bedeutendste Arbeiterziffer: 18752 organisierte Metallfabrikanten hatten 796 298 Arbeiter in ihr n Verrieben. Die Arbeitgeberverbände in der Landwirtschaft einchl. der Gärtnerei und Fischerei hatten im Jahre 1912 insgesamt 14 164 Mitglieder, bei denen 99 010 Arbeiter im Dienst standen. Soweit aus der Montanindustrie Resultate vorliegen, waren im letzten Jahre 274 Arbeitgeber mit nicht weniger als 469 882 Arbeitern organisiert.

Wiesbaden. Die Erfahrung lehrt, daß die Entwicklung der Arbeiterorganisationen viel von den Kräften abhängt, die in Vordergrund und auf verantwortlichen Posten wirken. Geht es, für diese Posten immer pflichtbewußte, hingebende und vor allem objektiv urteilende Genossen an den rechten Posten zu stellen, dann ist die Arbeiterfrage wohl gelöst. Solche Männer werden selbstwütig in allen strittigen Fragen, wie sie auch auftreten mögen, das Trennende auszumergen und das Einigende hervorzuheben verstehen. Leider aber macht man oft trabe und häßliche Erfahrungen nach dieser Richtung hin. Oft kommt es vor, daß gerade in den Gewerkschaftstabelle annahmende Persönlichkeiten den Ton anzugeben belieben. Nicht aber, um die elementarsten Aufgaben der Kartelle, b. i. die Förderung der Allgemeinheit anzustreben, sondern sich als hohe Priester aufzupspielen und hochmütig in alle Dinge hineinzutreten. Solche Künze spucken leider immer noch vielerorts herum. Glücklicherweise werden sie nicht alt, denn der gesunde Sinn der Arbeiterklast räumt sicher und bald damit auf. Doch ist der Streit, der durch solche Wesen oftmals in die Organisationen hineingetragen wird, von üblen Nachwirkungen. Aus solchen Klagen heraus hat wohl auch der Genosse „Paul Umbreit“, Berlin in seinem Schriftchen „Die Bedeutung und Aufgaben der Gewerkschaftskartelle“, erschienen im Verlag der „General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands“ Veranlassung genommen, die Kartelle zu warnen, sich in interne Angelegenheiten einer dem Kartell angehörenden Organisation hineinzumischen. Diesen Grundsat sollte sich jeder Kartellbeauftragte zu eigen machen und jeder Gewerkschaftsangehelliger beherzigen.

Gerade wir Transportarbeiter sind die Unglücklichen, die oft und meist in den Gewerkschaftskartellen um ihre Gleichberechtigung und Gleichbewertung zu kämpfen haben. Ein Zeichen, das den übrigen Gewerkschaftskollegen keine Ehre machen kann, da es eine beschränkte Lebensauffassung verrät, die wie unser Unternehmernum den „ungeordneten Arbeiter“ als minderwertig betrachtet. Näher betrachtet ist es eigentlich Unsin, den Transportarbeiter als „unge-

lernten Arbeiter“ zu bezeichnen. Zweifellos sind seine Arbeitsleistungen, abgesehen von den physischen Anforderungen, viel wechselteiger und verschiedenartiger als die, eines sonst machinennmäßig eingetribenen Arbeiters der sogenannten gelehrten Berufe. Dieser Umstand fordert auch die nötige Intelligenz, die sich allerdings entsprechend der langen und schweren Arbeit in härtere Formen ausbildet. Das sollten vor allem Dingen Gewerkschaftsangehellige begreifen, die sonst fast vor Weisheit verströmen. Bei der Organisierung der Transportarbeiter stehen wir vor einem harten aber Erfolg versprechendem Stadium. Zweifellos wird das Transportergewerbe bei wirtschaftlichen Kämpfen der Zukunft eine Hauptrolle spielen, von der alle anderen Wirtschafts- und Berufsweige abhängen werden. Darum wird jeder denkende Gewerkschaftler es als seine Pflicht halten müssen, denen, die das Transportergewerbe zu organisieren haben, in Solidarität hilfreich zur Hand zu gehen. Manches Stück schwieriger Arbeit dürfte dann weniger schwer zu leisten sein.

Leider haben sich unsere Gewerkschaftsgenossen in Wiesbaden bis zur notwendigen Höhe sozialer Erkenntnis noch nicht herausgearbeitet. Noch unterliegt die Bemüht um den Unsin. Noch schämen die Transportarbeiter für minderwertig und mit minderen Rechtsansprüchen belegt, betrachtet zu werden. Statt die Organisation zu fördern, ist man annahmend genug, ihre Entwicklung zu stören. Selbst zu Recht bestehende Tarifpositionen der Transportarbeiter werden angefaßt durch neuummattige Karte beschlüsse, die selbst mit den Beschlüssen der Gewerkschaftskonferenz zuwiderlaufen. Doch das Traurige bei der Sache ist, daß Gewerkschaftsangehelliger mit und ohne Vertrauensmännern in der Parteibewegung die Auser sind in diesem traurigen Streit. Ein Geld um die Arbeiterfrage, wo solche Strategen das Kommando führen. Sie spotten ihrer selbst!

Wie jeder Gewerkschaftler, oder doch jeder Gewerkschaftsangehelliger wissen sollte, besteht zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und dem Transportarbeiter-Verband ein Tarifvertrag der neben der Regulierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Arbeitsnachweis des Transportarbeiter-Verbandes anerkennt. Der diesbezügliche Absatz 9 lautet im Vertrag wie folgt:

„Neueinstellung von Arbeitskräften.“

Bei Neueinstellung von Arbeitskräften wird der Arbeitsnachweis des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes bzw. dessen Zentralarbeitsnachweis benutzt, so weit derselbe in der Lage ist, geeignete Arbeitskräfte nachzuweisen.“

In der Praxis sind Wünsche der Genossenschaften auf Einstellung tüchtiger Genossenschaftler oder vielmehr gemäßigter Gewerkschaftler nach Vereinbarung stets berücksichtigt worden. Der Konsumverein Wiesbaden hat nun wiederholt Lagerarbeiter eingestellt, unter Ausscheidung der tariflichen Bestimmung. Im April 1912 wurde der Ortsverwaltung Wiesbaden des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes der letzte Fall bekannt, und sah sich die Verwaltung gehalten, mit Schreiben vom 19. 4. 12 gegen den Tarifbruch Einspruch zu erheben. Mit Schreiben vom 26. 4. 12 teilte der Konsumverein mit, daß die Einstellung nur ausnahmeweise sei und der Transportarbeiter-Verband bei der Stellenentellung berücksichtigt werden solle. Als aus der ausschließlichen Beschäftigung ein festes Arbeitsverhältnis wurde, sah sich der Transportarbeiter-Verband gezwungen, von neuem Einspruch zu erheben, worauf der Konsumverein erst nach wiederholter Mahnung am 13. 8. 12 mitteilte, daß der eingestellte Arbeiter ersucht worden sei, die Angelegenheit durch seine Organisation, dem Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verband mit uns zu erledigen. Als jedoch von seiner Seite eine Verständigung angebahnt wurde, hielten wir es für unser gutes Recht, die Freimachung des unter Tarifbruch beschleunigten Postens mit Schreiben vom 1. Oktober 1912 zu fordern. Diese Forderung rief den Brauerei- und Mühlenarbeiterverband auf den Plan, der auch ein vermeintlich Recht zur Befegung von Arbeitskräften im Konsumverein geltend machte. Wir nehmen an in Unkenntnis der Sachlage bezüglich Arbeitsnachweis. Wir gaben dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband mit Schreiben vom 9. Oktober 1912 die nötige Aufklärung und forderten, um weiteres zu vermeiden, die Ueberweisung des Eingestellten in unsere Organisation, der er überhaupt schon jahrelang vorenthalten war, indem er als Fuhrmann in einem Betrieb beschäftigt gewesen ist, der dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband nicht untersteht. Statt dieser gerechten Forderung zu entsprechen, wandte sich der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband an das Gewerkschaftskartell in Wiesbaden. Unsere dortige Ortsverwaltung hat sofort gegen ein eventuelles Eingreifen des Kartells Einspruch erhoben, mit der richtigen Begründung, daß das Kartell weder in die Tarifvertragsfrage hineinzutreten habe, noch darüber zu verfügen habe, ob der im Konsumverein beschäftigte Lagerarbeiter im Brauerei- und Mühlenarbeiterverband zu verbleiben habe. Das Kartell aber rückte sich erhoben über Tarif und Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses. Näher kam folgende Resolution zum Annahme: „Das Gewerkschaftskartell verurteilt ganz entschieden das Vorgehen des Transportarbeiter-Verbandes in der Angelegenheit des Genossen Scheurich. Es ist der Ansicht, daß Genosse Scheurich weder seine Stelle aufgeben noch zum Transportarbeiterverband übertritten soll.“ So die weisen Gewerkschaftler in Wiesbaden. Ist es den guten Leuten gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß in Tarifangelegenheiten zweier großer Zentralverbände zunächst deren vorhandene Zustände zu beifinden haben? Und wenn wir ohne diese Zustände den Frieden suchten und

zeugung kommen, daß die bestehenden Verhältnisse dringend einer Verbesserung bedürfen.

Eine Verarmung der hiesigen Kunoangestellten, die sehr gut besucht war, brachte denn auch laut zum Ausdruck, daß diese nicht mehr gewillt seien, diese Dinge weiter bestehen zu lassen. Man war sich klar, wollte man Verbesserungen einführen die Zweck hätten, so könnte dieses nur mit Hilfe der Organisation geschehen. In diesem Sinne sprachen sich dann auch alle Kollegen aus. Es wurde eine Kommission gewählt, die die nötigen Vorbereitungen zu treffen hat. Nachdem noch die Mitglieder ernannt wurden, die noch fehlenden Kollegen der Organisation zuzuführen, wurde die antugend verlaufene Verarmung geschlossen.



Transportarbeiter

Göttingen. Lohnabzüge, ein empfehlenswerter „Hofmeister“. Wie notwendig es ist, sich zu organisieren, sehen wir sehr wieder, wo ein Kutscher sich von seinem verdienten Lohne 85 M abziehen lassen muß!

Bei einem hiesigen Fuhrwerksbesitzer, wo nebenbei gesagt, noch recht mittelalterliche Zustände herrschen, wollte am 1. Januar ein Kutscher seinen Lohn in Empfang nehmen, d. h. nicht den Wochenlohn, sondern die Entschädigungen für Sonntagsfahrten und Viehspazierfahrten im ganzen Jahre! (Es ist bei der Firma noch eine alte Sitte, diese Vergütungen erst am Jahreschluß auszubezahlen!) Aber wie groß war der Schreck des Kutschers, als ihm 85 M für mehrere Weicheln abgezogen wurden, welche ohne sein Verschulden abgebucht waren. Wir würden diese Abzüge wohl für berechtigt halten, wenn der Kutscher den Beweis für seine Unschuld nicht erbracht hätte oder wenn der Herr Fuhrwerksbesitzer seinen Kutschern einen Lohn zahlte, nach welchem es angeht wäre, auch mal am Jahreschluß Abzüge zu machen! Doch ein Wochenlohn von 17 M ist hierzu zu armfellig! Bei dieser Gelegenheit möchten wir dem Herrn Fuhrwerksbesitzer raten, seinen „Hofmeister“ oder „Herrn Kutscher“, wie er ihn nennt, einmal gründlich vorzunehmen und ihm beizubringen, wie man Menschen behandelt. Wir wollen nur nebenbei erwähnen, daß für Leute, welche Unfallsfälle begehen, aber ihre Unfallkosten mit Wasserrechnern versehen können, die Unfallskosten nicht da sind! Auch ist es unsere Ansicht, daß ein Unfallrentner eigentlich auch nicht in der Lage sein dürfte, die Pferde so zu schlagen, daß sie Lahmen! Und diese Leute bekommen dann noch obendrein von dem Versicherungverein Medaillen und Ehren diplome für „gute Pferdepflege“!

Wir wollen für heute schließen. Öffentlich tragen diese Seiten dazu bei, dem Herrn Fuhrwerksbesitzer über seinen allgewaltigen „Hofmeister“ die Augen zu öffnen.

Was nun die Kollegen in dem Betriebe selbst anbelangt, so haben dieselben es bis heute noch nicht für nötig gehalten, sich zu organisieren, sondern ziehen es vor, ihre „Interessenvertretung“ in „Klimbim-Vereinen“ zu suchen. Hier ist es ja auch schäner! Wird dort doch öfters mal ein Glas Bier spendiert!

Wir wollen es an dieser Stelle aber noch einmal versuchen, an die uns bis jetzt noch fernstehenden Kollegen zu appellieren: Trete! ein in den Verband! Stärkt euer Rücken! Zeigt, daß ihr Mäner seid! Halte es mit dem Sprichwort: „Einig ist mächtig stark!“ Dann können solche Sachen, wie die oben geschilderten, nicht mehr vorkommen!

Mathesow. Ein neuer „Klimbimverein“? Durch folgendes Interat:

„Alle Kutscher und Kollegen, welche gewillt sind, einer Freien Kutscher-Vereinigung beizutreten, wollen sich Donnerstag abends 7 1/2 Uhr bei Herrn Fr. Keder, Mühlentstr. 26, einfinden.“

versuchten einige Kutscher hier am Orte eine Zerstückelung unserer Organisation herbeizuführen. Selbstredend nahmen unser Gauleiter und die Mitglieder unserer Verwaltungsstelle an dieser Versammlung teil, um festzustellen, was denn eigentlich geplant werden sollte. So um 8 1/2 Uhr wurde die Versammlung, nachdem sich circa 26 Mann eingefunden hatten, eröffnet. Jedoch vertraute sich niemand, die Leitung der Versammlung in die Hand zu nehmen. Diese Bestimmung bewies, daß sich die Veranstalter dieser Versammlung wohl selbst innerlich schämten und erst durch das Eingreifen unseres Gauleiters kam Leben in die Bude. Der Mühlentkutscher Schäpe ergaß nun die Worte und machte bekannt, daß die Versammlung bezweckend einberufen sei, um einen Vergütungs- und Unterstützungsverein zu gründen. Hierauf wollte nun unser Gauleiter das Wort ergreifen, jedoch entstand ein Tumult sondergleichen und zeichnete sich hierin der Kollege Rückenschlag ganz besonders aus. Da die anwesenden Eigenbrötler die Entfernung der ihnen unheimlichen Personen nicht bewerkstelligen konnten, so wurde der Wirt zu Hilfe geholt und dieser forderte in ganz kategorischer Weise unseren Gauleiter auf, das Lokal zu verlassen. Jedoch kam der Kollege dieser Aufforderung nicht nach, da der Wirt in diesem Räume kein Recht hatte, eine Person auszuweisen und vom Lokal zu entfernen, da noch gar keine Verhandlung war, eine Aufforderung zum Verlassen des Raumes nicht ergangen war. Endlich legte sich der Tumult und man setzte nun den Anwesenden auseinander, daß es doch notwendig (?) sei, eine derartige Vereinigung zu gründen, damit die Kutscher Vergütungen bekämen und einmal unter sich, geordnet, das Zeugnis schwören könnten. Die Beiträge sollten so gehalten werden, daß große Kosten dem Einzigen nicht erwachsen und zwar sollten gezahlt werden: Eintritt 1 M und ein monatlicher Beitrag von 30 Pf. Von den Ueberflüssen der Vergütungen und den Beiträgen soll

handt die Unterstützung gezahlt werden. Ein entstehendes Defizit sei von allen Beteiligten, welche am Betrag teilgenommen, gemeinsam zu tragen. Kollege Schäpe erklärte, daß eine derartige Vereinigung gar keinen Wert habe und warnte die Kollegen davor. Doch auch er predigte nur tauben Ohren. Es wurde ein Kutscher der Bierlieferung von Böhm aus Kautschuker bestimmt, der die Beiträge eingiehe soll.

Daß hinter dieser Gründung noch etwas anderes steckt, erhellt unser Gauleiter aus dem Munde der Wirtin selbst, denn diese sagte wörtlich: „Es verkehren in diesem Lokale durchweg Kutscher und diese wollen alle vier Wochen hier zusammenkommen und dann ein gemütliches Beisammensitzen abhalten; dies will aber der Verband nicht!“ Ganz recht, Frau Keder! Denn bei derartigen Zusammenkünften verläßt der Verband die ideale Aufgabe des Verbandes, zweitens wird der Etat des einzelnen Kollegen sehr in Anschlag genommen und drittens ist der Unternehmer der Sache schadenbringend. Es werden schon so viele genug Vergütungen in Mathesow verauslagt. Außerdem besteht gerade genug Vergütungsvereine am Orte und man kann feststellen, daß da, wo sich drei Personen zusammenfinden, auch gleich ein Verein gegründet wird! Wir sehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterkassette weit ernster und kultureller die Aufgabe zu erfüllen hat, als wie die Gründung von „Vergütungsvereinen“! Auf der anderen Seite sind die Arbeiter auch nicht dazu da, Personen, die vollständig fern von der Arbeiterschaft stehen, ein angenehmes Dasein zu verschaffen! Man kann gerade nicht behaupten, daß der Gauleiter Keder einer derjenigen sei, welcher die Arbeiterbewegung in Mathesow mifehört hätte. — Kollegen! Nach reiflicher und nüchternem Ueberlegung werdet ihr selber einsehen, daß die Schaffung eines derartigen Vereins nicht zum Segen, sondern nur zum Schaden eurer selbst ausschlagen muß. Darum ist es Pflicht eines jeden ehrlich denkenden Kollegen, diese Organisationszersetzer eindringlich auf das Verhüten ihrer Handlungsweise aufmerksam zu machen und — wenn Vernunftgründe nicht helfen — hübsch unter sich zu lassen! Vielleicht aber sehen sie noch rechtzeitig ein, was für schlimme Folgen ihre Eigenbrötelerei nach sich ziehen könnte.

Stettin. „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“ Nach diesem Ausspruch des Wilschows Genie handeln auch die Inhaber der Möbeltransportfirma Hugo M'nach Nach M's im vorigen Jahre sich die Möbeltransportarbeiter dem Verbände angeschlossen und sich mit der Mühe trugen, bei passender Zeit Forderungen an die Unternehmer zu stellen, gab es einzelne Unternehmer, welche dachten, durch einen Federstich die Organisation wieder aus der Welt schaffen zu können.

Zu diesen gehörten auch die Inhaber der Firma Hugo Minnaat Nach, die Herren Erich Teschner und Josef Finkbeiner. Diese beiden Herren legten sich auf ihre Fersen und verfassten einen Revers, worin sich in Fackel und Kutscher die Zugbrügel zum Verband verboten wurde. Dieser Revers wurde den Beschäftigten am 1. Mai vorigen Jahres zur Unterschrit vorgelegt mit dem Bemerkung, wer unterschriebe, erhalte pro Monat 10 M. Lohn mehr. Bei 80 bis 90 M. Monatslohn, die niedrigen in allen derartigen Betrieben am Orte, war allerdings eine Lohnzulage nötig. Mit der Forderung, aus der Organisation auszutreten, wollten die Herren Teschner und Finkbeiner wohl verhindern, daß trotz der 10 M. Zulage Forderungen gestellt würden zur Erreichung einer Arbeitszeit und eines Lohnes, wie solche in anderen Betrieben längst bestehen. Nachdem nun alle Beschäftigten den Revers unterschrieben hatten, war anscheinend der Verband vernichtet, doch es hatten wohl alle unterschrieben, um die 10 M. Lohnzulage zu erhalten, aber die Verbandszugehörigkeit betrachteten die Kollegen als eine Sache, worin ihnen der Arbeitgeber keine Vorschriften zu machen hat.

Zunächst war nun Ruhe im Betriebe. Jedoch im Januar dieses Jahres wurde an einem Abend einem Kollegen ein Zettel zur Arbeitsstelle geschickt, worin von diesem verlangt wurde, daß er am anderen Morgen sein Verbandsbuch mitbringen solle, um zu zeigen, ob er noch Mitglied im Verbands sei. Ein anderer Kollege wurde am 15. Januar gefordert, angeblich weil er trotz achtjähriger Beschäftigung sich nicht fürs Geschäft interessiere.

Ob die Herren Teschner und Finkbeiner nun mit dieser Methode, nachdem die erste Verlage, ihren Zweck erreichen werden, wird die Zukunft lehren. Vielleicht wird sich auch hier das Sprichwort bewahrheiten: „Wer Wind säet, wird Sturm ernten.“

Wie diese Herren auch sonst mit ihren Arbeitern umspringen, zeigt der nachstehende Uas, der vier zum Teil langjährigen Wackern in den letzten Tagen zugestellt wurde: „Durch ihre Schuld sind 4 M Standgeld und 1,50 M Nachzahlung Geld entstanden, weil Sie anfangt zu arbeiten, in der Kneipe das Geld verauslagen. Wenn das noch ein einziges Mal vorkommt, sind wir auf der Stelle geschiedene Leute; wir können in unserem Geschäft nur Leute gebrauchen, die Geschäftsinteresse haben; erst die Arbeit fertig machen und dann in Kneipen sitzen.“

Es ist eine Schande, daß eigene Leute nicht einen Umgang fertig machen können, nachdem sie wochenlang herumgelegen haben.

Jeden wird am Sonnabend 1,35 M Standgeld vom Lohn abgezogen vorbestaltlich der Kosten für Fackel S und Hotelkosten für den General, der nun erst anfangt Sonnabend am um.“

Man ist nun im gewöhnlichen Leben der Meinung, der Arbeitgeber soll vorbildlich für die Arbeiter sein. Aber derartige Kraft um nicht zu sagen vollweckmäßige Ausdrücke wirken nach unserer Meinung in keiner Weise erzieherisch, im Gegenteil, unter solcher Behandelungs- und Ausdrucksweise müssen die Arbeiter moralisch zurückfallen.

Aber nur so weiter Ihr Herren Teschner und Finkbeiner, die Früchte Eures Verhaltens ernten wir, der Deutsche Transportarbeiter-Verband Dieser wird zu gegebener Zeit die Gelegenheit benutzen, Sie zu belehren, wie Sie Ihre Angestellten zu behandeln haben.

Wilhelmshaven. Der Fuhrunternehmer Kadebrand, der hier als robuster und reaktionärer Arbeitgeber bekannt ist, hat sich auf einmal als der humaniste Mensch und Arbeitgeber in Wilhelmshaven entlarvt. Daß Kadebrand ein Lohfeind der Organisation ist, braucht nicht erwähnt zu werden, aber daß er zeitweise um die Arbeit unserer Kollegen verlegen ist, freilich während der Ziezeit, ist klar. Wiederholt versuchten unsere Kollegen, bei Kadebrand in Arbeit zu kommen, da aber der gute Mann auch zu den Arbeitgebern gehört, die glauben, 25 M. die Woche sei ein lüppiger Lohn, haben unsere Kollegen den Betrieb bald wieder verlassen. Herr Kadebrand hat nun wohl mit der Zeit eingesehen, daß auch er höhere Löhne zahlen muß, ist aber der Ansicht, daß bei einem Lohn von 27 M. pro Woche noch etwas zum Sparen übrig bleibt, und will nun solange etwas vom Lohn abziehen, bis der betreffende Arbeiter ein Guthaben von 30 M. hat. Ob diese 30 M. auf einer Sparkasse hinterlegt werden, oder ob sie als Betriebskapital im Betriebe von Kadebrand bleiben sollen, entzieht sich zur Zeit unserer Kenntnis. Diese 30 M. sollen dazu dienen, daß, wenn der Betreffende in Not gerät, er von diesen 30 M. etwas bekommen kann. Also, wer zweifelt noch an dem guten Herzen des Herrn Kadebrand? In Wirklichkeit liegt die Sache doch etwas anders. Beim Antritt der Arbeit verpackt Kadebrand von den bei ihm in Arbeit Treuenden eine Unterdrift unter einen Vertrag zu bekommen. Was in diesem Vertrag steht, ist uns leider nicht bekannt, denn diese Dinge werden so sorgfältig aufbewahrt, daß ein Unberuener sie nicht in die Finger bekommt; aber soviel steht fest, daß in diesem Vertrage auch steht, daß der betreffende Arbeiter nicht dem Verbände angehören darf, und wenn er dem zuwider handelt, daß dann Kadebrand das Geld in die Tasche stecken kann. Aber hier hat der gute Mann seine Rechnung ohne den Verband gemacht. Der Verband wird schon dafür sorgen, daß seine Mitglieder zu ihrem Gelde kommen. Den dort beschäftigten Kutschern und Arbeitern rufen wir aber zu: „Schließt Euch dem Verbände an, dann wird Kadebrand Euch seinen Vertrag mehr vorlegen und keine Gelder von Eurem Lohn mehr abziehen. Auch wird er dann das Verlangen, aus der Organisation auszutreten, nicht mehr stellen!“ Die Organisation wird alles daran setzen, auch den letzten Mann in diesem Betriebe dem Verband zuzuführen.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Die Leitungsgrüßbauer Berlins und Umgebung hielten am 9. Februar im Omerstahstehaus ihre Versammlung ab, die außerordentlich stark besucht war, denn es handelte sich darum, den Bericht von verschiedenen Kommissionen entgegenzunehmen und die Kollegen zu bestimmen, in deren Hände die Führung der Sektion im Jahre 1913 gelegt werden soll. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kollege Herman Walter den Bericht über die Arbeit, die die Sektionsleitung im verflorenen Jahre geleistet hat. Es wurden 12 Versammlungen der Sektion abgehalten, 75 Betriebsbesprechungen, 12 Vertrauensmännerversammlungen, 7 Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Aufnahmen sind im Jahre 1912 75 gemacht worden. Die Sektion hat jetzt mit Einfluß der Polen, die im Bochumer Verband organisiert sind, einen Bestand von 323 Kollegen.

Wir können also auf das vergangene Jahr zufrieden zurückblicken, es ist in unserem Verufe alles organisiert. Der Stab unserer Vertrauensmänner arbeitet gut und kann sich auch in bezug auf geistige Regsamkeit mit jeder anderen Sektion messen. Diesen Geist in der Sektion zu erhalten, muß Aufgabe der neu zu wählenden Sektionsleitung sein. In der nun einlaufenden Diskussion gaben alle Kollegen ihrer Zufriedenheit über die Tätigkeit der Sektionsleitung Ausdruck. Die Wahlen ergaben: H. Walter I. Vorgesieder, G. Peppermüller Stelliger und A. Desjath Schriftführer.

Der Bericht der Schlichtungskommission wurde vom Koll. Paul Densel gegeben. Aus diesem war zu ersehen, daß die Kollegen nicht glauben dürfen, auf ihren Lorbeeren ausruhen zu können, denn in verschiedenen Betrieben ausnutzen die tarifliche Bestimmungen durch Verhandlungen erst wieder zur Geltung gebracht werden. Ueber den Bericht der Schlichtungskommission legte eine sehr heftige Diskussion ein. Die Wahl der Schlichtungskommission hatte nun folgendes Ergebnis: H. Peppermüller Obmann, B. Vaber, P. Kaiser Stelliger.

Dann nahm die Versammlung die Wahl der Delegation zur Generalversammlung vor. Es wurde gewählt: G. Süßner, A. Pfeiffer, G. Walland, P. Nabol, E. Werdagel, R. Erdmann, G. Peppermüller.

Den Bericht von der Unterrichtungsstelle gab Kollege F. Schmoike. Einleitend wies er darauf hin, daß der Bericht gedruckt im Jahresbericht von Groß-Berlin vorliegt. Dann führte er den Kollegen den Wert der Unterrichtungsstelle bei Unglücksfällen nochmals ausführlich vor Augen. In der nun einlaufenden Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, ob Kollegen aus Mitglied der Kasse bleiben können, wenn sie auf Grund ihrer Arbeitsverhältnisse in einem anderen Verband übertritten. Diese Frage wurde vom Koll. Schmoike bejaht.

Kollege Walter leitete die Versammlung nun mit, daß er die Kasse unverzüglich revidiert und alles in Ordnung gefunden habe. Die Kollegen sprachen dem Kassierer ihr Vertrauen dadurch aus, daß sie ihn einstimmig wieder zum Kassierer wählten. Zu Revisoren wurden folgende Kollegen gewählt: G. Walland, A. Pfeiffer, B. Vaber.

Nachdem noch die Sektionsleitung beauftragt worden war, wie alle Jahre so auch in diesem Jahre auf den Gräbern der Märtyrern einen Kranz niederzuliegen, wurde die Versammlung geschlossen.

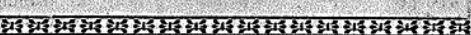
Berlin (D.S.) In unserer am 2. Februar stattgefundenen Generalversammlung wurde die bisherige Ortsverwaltung in ihrer größeren Mehrheit

wiedergewählt. Aus dem Kassen- und Geschäftsbericht war zu ersehen, daß wir wohl um einige Mitglieder zugenommen haben, auch der Materialumsatz war der Mitgliederzahl entsprechend zufriedenstellend, doch kann das Gesamtergebnis nicht als ein befriedigendes gelten. Wenn wir in Betracht ziehen, daß am hiesigen Orte weit über 400 Transportarbeiter aller Berufsgruppen vorhanden sind und von diesen nur ein verschwindend kleiner Teil organisiert ist, muß sich jeder bis jetzt organisierte Kollege selbst das beschämende Armsüßzeugnis ausstellen, an der Verzögerung der Mitgliederzahl nicht so beigetragen zu haben, als wie es unser Verbandsstatut vorschreibt, als wie es auch die moralische Pflicht eines jeden Kollegen verlangt. Daß es hier in Oberhessen schon längst an der Zeit wäre, der Ausbeutungswut der Arbeitgeber ein energisches „Gall“ zu gebieten, beweisen die uns täglich einlaufenden Klagen, als da sind: lange Arbeitszeit, schlechte Löhne, Nichtbezahlen von Ueberstunden, Verweigerung von Speisen und Tagegeldern, menschenunwürdige Behandlung, schlechte Arbeits- und Unterkunftsräume und noch vieles andere mehr. Wenn man sich nun diese ganze Serie der hauptsächlichsten Uebel- und Mißstände ansieht, muß sich doch jeder denkende Kollege sagen: Nein, so kann und darf es nicht weiter gehen, hier leide ich ja nicht und meine Familie darunter, meine eigene Person wird bis zum Tode herab entmenscht und meine Gesundheit leidet den größten Schaden. Doch aber weit gefehlt. Dieser Lauf ein Teil unserer hiesigen Kollegen allen möglichen Klümmereichen nach, ein anderer Teil sitzt wiederum Abend für Abend in der Kille, und wenn der liebe Sonntag kommt, geht man extra noch einmal in diese Gichtlöcher hinein, um Kummer und Sorgen mit Fusel zu betäuben, währenddem zu Hause Frau und Kinder nicht wissen, was mit den wenigen Groschen angefangen werden soll. Zum Schluß bleiben nur noch ein paar Kollegen übrig, welche wohl so tun, als hätten sie Interesse für die moderne Arbeiterbewegung, aber schließlich legen auch diese die Hände in den Schoß und lassen alle fünf gerade sein. Daß ein solches Gebahren unsere Entwicklung nicht fördert, sondern hindert, liegt doch klar auf der Hand. Um wie vieles könnte es hier schon besser sein, wenn jeder Kollege mit Hand anlegen würde, um die hiesige Arbeiterkassenschaft aus ihrem menschenunwürdigen Dasein befreit zu helfen. Wie berechtigt der Vorwurf „menschenunwürdig“ ist, kann man daraus ersehen, wie ein großer Teil der obersten Kollegen gezwungen ist, infolge ihrer schlechten Entlohnung zu wohnen. In Höhlen, denn Stube kann man so etwas nicht nennen, in welchen weder Licht noch Sonne, von den übelsten Ausdünstungen der Kloaken umgeben, Schmutz von allen Seiten, sind diese Leute dazu verurteilt, mit vier, fünf und noch mehr Kindern zu hausen, ihr Dasein zu fristen. Und das alles nur deswegen, weil die Kollegen nicht zu der Einsicht kommen können, daß auch die Menschen sind, daß auch sie dazu berechtigt sind, an der Gesundheit und Freude, welche uns das Leben bietet, teilzunehmen. Deshalb gilt es nun, Kollegen, heraus aus den Klümmereichen, heraus aus den Gichtlöchern, hinein in die anerkannten Versammlungen, helft fleißig agitieren, daß auch der letzte Kollege zum Verband herangezogen wird; es gilt, zu gehen, daß ihr noch Menschen seid, noch nicht bis zum Tode herabgesunken, dann wird auch eure Arbeit reiche Früchte tragen.

Dieblich a. Mh. Am 9. Februar fand unsere Jahresversammlung statt. Kollege Seilheimer gab einen ausführlichen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, wobei er unter anderem anführte, daß die Mitgliederzahl von 164 auf 96 im 4. Quartal zurückgegangen sei, welcher Rückgang auf Konto der Sektion der Straßbahner zu setzen sei, da sie eine niedrigere Beitragserleistung nicht durchzuführen vermochten, sich in der Mehrzahl dem Duisburger Verbande angeschlossen. Hieraus erstattete Kollege Seilheimer einen ausführlichen Kassenbericht. Nach Buch und Kassen bleibt für das neue Jahr ein Kassenbestand von 406.69 Mark. Auf Antrag des Kollegen K. wurde hierauf die Gesamtverwaltung entlassen. Nach einigen kurzen Erklärungen des Kollegen Grieb-Mainz zum Geschäftsbericht wurde zum 2. Punkt, Wahl der Ortsverwaltung und der Kartelldelegierten übergegangen. Unter Punkt wurden einige interne Angelegenheiten des Kartells zur Sprache gebracht, worauf Kollege Seilheimer um 7 Uhr mit dem Hinweis, auch im neuen Jahre tüchtig zu arbeiten zum Wohle des Verbandes sowie der Dieblicher Zahlstelle, die Versammlung schloß.

Breslau. In unserer am 5. Februar d. J. tagenden Mitgliederversammlung erstattete die Ortsverwaltung Bericht über ihre Tätigkeit im 4. Quartal 1912. Der Vorsitzende gab den Geschäftsbericht und im Anschluß daran einen Gesamtbericht über abgeschlossenes Geschäftsjahr. Eingang seiner Ausführungen betonte derselbe, daß im vergangenen Jahre 19 Mitglieder, 19 Frauen und 68 Kinder aus unseren Reihen durch den Tod geschieden sind. Die Verammlungen ehierten das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise. Dem Geschäftsbericht war u. a. folgendes zu entnehmen: In bezug auf Organisations- und Agitationsstätigkeit ist alles getan worden, um vorwärts zu kommen und sind auch ganz nennenswerte Resultate erzielt worden. Rund 1700 Mitglieder konnten für die Organisation gewonnen werden, wovon jedoch leider auch wieder ein beträchtlicher Teil verloren gegangen ist. Die Breslauer Verwaltungsstelle zählte am Schluß des Jahres 3500 Mitglieder. Redner betonte hierbei, daß die Ortsverwaltung nach einem Mittel gesucht hat, um der immer noch starken Fluktuation vorzubeugen. Es sind darin auch bereits Maßnahmen getroffen und man hofft, daß es auch in dieser Beziehung besser wird. Die Branchengagitation hatte ganz gute Fortschritte zu verzeichnen. Auch um Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist gekämpft worden, um in einer Anzahl von Betrieben für die Kollegen etwas zu schaffen. Es sind 21 Lohnbewegungen geführt, welche bis auf 5 mit

vollstem Erfolg durchgeführt werden konnten. An den Lohnbewegungen waren 794 Kollegen beteiligt und wurde für diese ein wöchentlicher Mehrverdienst von 978,65 Mark oder im Durchschnitt pro Woche 1,23 Mark für jeden einzelnen erzielt. Der Gesamtmehrlohn beträgt demnach pro Jahr 50.889,80 Mark. Die Kinn-Angestellten, die sich in der Mehrzahl unserer Organisation angeschlossen, haben sich ebenfalls große Aufgaben gestellt und hoffen auf die Unterstützung der Arbeiterschaft. Die Lage dieser Berufsgruppe ist keineswegs so glänzend, wie im Publikum vielfach angenommen wird und das liegt zum größten Teil an der Gleichgültigkeit und dem Standeszünfel der Angestellten selbst. Die eleganten Kreise der Portiers- und Kammerweiber, die tabellosen Fracks und Smokings der Rezipitatoren stehen in schlimmsten Kontrast zum Gehalt. Das wollen viele aus falschem Schamgefühl heraus nicht zugeben, aber leider ist es so. Manche glaubt es mit seinem Standesbewußtsein nicht vereinbar zu können, an der Seite seiner Mitarbeiter für die Bewilligung eines freien Tages im Monat oder sonstiger Verbesserungen beim Chef vorstellig zu werden. Es ist geradezu beschämend, daß um den freien Tag im Monat oft bittere Kämpfe geführt werden müssen, eine so selbstverständliche Forderung, die heute jeder Industriearbeiter schon in jeder Weise genießt. Auch lassen die Gehälter im Vergleich zu den überaus langen Arbeitszeit viel zu wünschen übrig. Große Gesellschaften dieser Branche breiten sich über das ganze Reich aus und errichten an allen Plätzen Geschäfte. Darum sollen die Angestellten ihren Standeszünfel fallen lassen und eintreten in die Sektion der Kinn-Angestellten im Deutschen Transportarbeiter-Verband, welcher den Kollegen an allen Orten Unter-

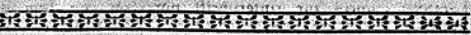


Konjunkturlegen!

Miesenhaft schnellen die Gewinne der Bergbaugesellschaften hinauf. In edlem Wettstreit suchen das Investkapital und der Kohlenfiskus der Öffentlichkeit zu beweisen, daß die Löhne enorm stiegen, über die Preisaufschläge hinaus. Mit solchen Behauptungen will man bluffen. Ein anschauliches Bild von dem Segen der Konjunktur für die Unternehmer liefern die Abschlüsse der Bochumer Verwerks-A.G. Diese reine Kohlenzeche erzielte Ueberschüsse. Se-

Jahr:	1909	1910	1911	1912
Mark:	326 065	464 615	665 722	1 032 325

Im Vergleich mit dem Vorjahre stiegen sie für 1912 um 366 603 Mt. gleich 55 pCt. Gegenüber 1909 macht die Steigerung der Ueberschüsse 706 260 Mt. oder 216 pCt. aus. Es ist wahrhaftig eine Lust als Kohlenaktionär zu leben!



fühlung in jeder Beziehung bietet, wie es kein anderer sogenannter Berufsverein im Lande ist. Auch die Theaterarbeiter haben sich in diesem Jahre unserer Organisation angeschlossen und bilden schon eine starke Sektion; nur noch wenige sind es, die uns fernstehen. Durch rührige Agitation und Aufklärung werden aber auch diese zu gewinnen sein. Zum Schluß unterließ es der Redner nicht, darauf hinzuweisen, daß unsere gesamten Berufscollegen schweren Kämpfen entgegengebracht, deshalb müssen alle Kräfte angepannt, muß die Aufklärungsarbeit eifrig betrieben werden. Die Angestellten allein sind dazu nicht imstande, sondern es bedarf hierzu der Mitarbeit der Kollegenkassenschaft. Nur wenn ein jeder nach seiner Art für die Organisation mitarbeitet, dann wird auch weiterhin unsere Arbeit von Erfolg begleitet sein. Hieraus gab der Kassierer den Kassenbericht und gestaltete sich derselbe wie folgt:

Die Einnahmen betragen inkl. Kassenbestand vom 3. Quartal 1912 . . . 89 649,67 Mt.
 Die Gesamtausgaben betragen . . . 23 615,77
 Davon erhielt die Hauptkasse . . . 15 666,30
 Für das 1. Quartal 1913 blieb ein
 Diskaffenbestand von . . . 16 033,90
 Die Hauptkasse leistete an Unterstützungen 7 492,70
 Die Diskasse . . . 878,10

Der Kassierer ermahnte die Kollegen an pünktliche Beitragszahlung, damit sie ihre Ansprüche auf Unterstützung nicht verlieren. Der Obmann der Revision berichtete hierauf, daß sie Kasse, Bücher und Belege mehrmals geprüft, alles in Ordnung gefunden haben und stellten den Antrag, der Ortsverwaltung Entlastung zu erteilen. Die Frequenz des Arbeitsnachweises war folgende: Im 4. Quartal 1912 meldeten sich 287 Mitglieder arbeitslos. Stellen wurden gemeldet für fast 128, zur Ausschilfe 214. Davon wurden besetzt für fast 49, zur Ausschilfe 182. Am Schluß des Jahres waren 117 Mitglieder noch arbeitslos. Ein Kartelldelegierter berichtete hierauf von den Verhandlungen, welche im Kartell besprochen worden sind und betonte im besonderen die bevorstehende Gewerbegerichtswahl und die Schaffung einer Zentralbibliothek. Die Diskussion zum Gesamtbericht war eine recht eingehende und mußte infolge vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt werden. Bei der nun folgenden Wahl des Gewerbestandes, der Ortsverwaltung, der Revision und der Kartelldelegierten wurden die bisherigen Kollegen mit einigen Ergänzungen wiedergewählt. Ueber die Wahl des Bevollmächtigten wurde geheim abgestimmt, und erhielt Kollege Sent 138 und Kollege Niebel 106 Stimmen. Kollege Sent war somit als Bevollmächtigter der Breslauer Verwaltungsstelle gewählt. Nach Erledigung seiner Mit-

teilungen wurde hierauf die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Dresden. Mittwoch, den 29. Januar fand unsere Jahresgeneralversammlung statt. Den Geschäftsbericht, der auch gedruckt vorliegt, erstattete der Bevollmächtigte. Die Entwicklung der Verwaltungsstelle war eine zufriedenstellende. Die Mitgliederzahl liegt von 5437 auf 6008. Alle Branchen sind an der Erhöhung ziemlich gleichmäßig beteiligt; nur die Droschkenfahrer haben an Zahl eingebüßt, was aber durch die Vermehrung der Leichtfuhrer ausgeglichen worden ist. Die Fluktuation war eine ganz erhebliche. Die Tätigkeit der Verwaltung war ebenfalls eine sehr intensive, sind doch 529 Versammlungen und Sitzungen im Berichtsjahre abgehalten worden. Dazu kommen noch 78 Verhandlungen mit Arbeitgebern und sonstige im Interesse der Kollegen notwendige Arbeiten. An Briefen und Karten gingen ein 790, an Druckfachen und Paketen 2227; abgesandt wurden 1070 Briefe und Karten, 905 Druckfachen und 2388 Pakete. Einen sehr erfreulichen Aufschwung nahm der Arbeitsnachweis. Als arbeitslos wurden 982 Kollegen eingetragen. Freie Stellen wurden gemeldet für fast 542, zur Ausschilfe 652; davon konnten besetzt werden für fast 359, zur Ausschilfe 582 Stellen. Die Bibliothek, die wir im Laufe des Jahres nach und nach ausgebaut hatten, ist der neugegründeten Zentral-Arbeiterbibliothek überwiesen worden. Es kann deshalb in Zukunft nicht mehr darüber berichtet werden. Im Berichtsjahre waren 231 Leser zu verzeichnen, die 663 Bücher entnahmen. Rechtschutz wurde in 19 Fällen gewährt, der in 8 Fällen zur Freisprechung der angeklagten Kollegen führte. Die Kosten für den Rechtschutz sind etwa höher als im Vorjahre, was auf die langwierigen Prozesse gegen die Droschkenbesther zurückzuführen ist. An Vergütungen wurden mehrere Familienabende und Sommerfeste abgehalten. An zwei Sonntagen wurde das Arratorium in Castellwitz, und einmal das Hauptlager des Konsumvereins „Vorwärts“ besichtigt. Lohnbewegungen wurden 27 mit 1645 Bezugslisten geführt, darunter drei Angriffs- und 2 Abwehrstreiks. Die erfolgreichen Bewegungen brachten den Kollegen eine Lohnerhöhung von 4821 Mt. und eine Verlängerung der Arbeitszeit von 4975 Stunden pro Woche. Die wichtige und umfangreiche war die Bewegung im Futtergewerbe; doch sind auch im Handlungsgewerbe eine ganze Anzahl Bewegungen mit Erfolg durchgeführt worden. Aus dem Kassenbericht, den der Kollege Richter erstattet, geht hervor, daß auch die Kassenverwaltung durchaus gesunde sind. Die Gesamteinnahme beträgt 207 439,69 Mt., darunter aus Eintrittsgeldern 1691,50 Mt., aus Beiträgen 185 574,75 Mt. Die Gesamtausgaben betragen 158 805,08 Mt., davon in bar an die Hauptkasse 71 386,57 Mt., in Quittungen 37 868,30 Mt. Krankentherapie wurde an 1057 Kollegen im Betrage von 26 593 Mt., Arbeitslosenunterstützung an 358 Kollegen im Betrage von 6573,65 Mt. gezahlt; an Reise- und Expertenunterstützung wurde 907,70 Mt., an Verdigungsbeihilfe 3778 Mt. gezahlt. Die Verwaltungsausgaben, Gehälter, Entschädigung der Kartellkassierer, Miete und Telephon, Ausgaben für Agitation, Porto usw. betragen 30 729,28 Mt., die Kartell- und Sekretariatsbeiträge 3173,65 Mt. Für den Hausbaufonds wurden 10 000 Mt. abgesandt. Die stirkenden Porzellan- und Bergarbeiter erzielten 2387,40 Mt. Am Jahreschluß war ein Kassenbestand von 48 628,61 Mt. In der Lokalfalle vorhanden. An der „Fakultät“ war eine Einnahme von 4296,75 Mt. und eine Ausgabe von 270,72 Mt. zu verzeichnen. Außer der Gruppe der Chausseure bringen unsere Kollegen dieser Gegenstände die Einrichtung bauwirtschaftlicher noch wenig Interesse entgegen. Nach kurzer Debatte, die durchaus sachlich geführt wurde, wurde auf Antrag der Revisionskommission dem Kassierer Entlastung erteilt.

Den Kartellbericht erstattet Kollege Schiller. Er geht besonders auf die langwierigen Verhandlungen, die zur Errichtung der Zentral-Arbeiterbibliothek führten, ein, betont die Notwendigkeit und Wichtigkeit dieser Einrichtung und richtet den dringenden Appell an alle Kollegen, sich einzuhalten zu lassen und eifrige Leser zu werden. Laut Verwaltungsbeschlusse kann jeder Kollege für den billigen Preis von 20 Pf. den gedruckten Katalog in unserem Büro erhalten. Von ebenso großer Bedeutung ist der Kartellbeschlusse, die jugendlichen Arbeiter aller Berufs in einem Jugendkartell zusammenzufassen. Es wird den Kollegen zur Aufgabe gemacht, die Adressen der jugendlichen Handels- und Transportarbeiter zu sammeln und dem Büro zu übermitteln, damit auch unsere jugendlichen Kollegen ihren Anteil an den vom Jugendkartell geschaffenen Bildungsmöglichkeiten sich sichern können. Auch diese Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. — Dann wurden die Wahlen vorgenommen und in die Verwaltung die Kollegen Gerold, Ullmann, Fahlbusch, Ebert, Meier, Kreher, Klarmann, Fischer und Koch gewählt. Die Revisionskommission wird von den Kollegen Weber, Zimmermann, Siegert, Graf und Graf gebildet. Als Delegierte des Gewerbestandes waren 14 Kollegen vorgeschlagen, so daß die Wahl mittels Stimmzettel vorgenommen werden mußte. Aus der Urne gingen als gewählt hervor die Kollegen Neiska, Schiller, Kotte, Fischer, Ebert, Pahn, Nagel, Zimmermann, Gerold, Müller, Hermann und Wilmann. Nach einer kurzen Ansprache eines Vertreters der Friseurgesellen, der um freundschaftliche Solidarität ersucht, wird die Versammlung mit einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden geschlossen.

Eberfeld-Barmen. Am 1. Februar er. fand die diesjährige Generalversammlung statt. Geschäftsführer E. berichtete zu Eingang über das verstlossene 4. Quartal: Der Mitgliederbestand habe um 78 zugenommen, so daß am Schluß des Jahres 1576 zahlende Mitglieder vorhanden seien. Diese setzten sich zusammen aus 1438 männlichen, 130 weiblichen und 8 jugendlichen. Bedauerlich sei die starke Fluktuation, unter welcher der Verband wie auch in früheren Jahren

auf die einzelnen Berufe wie folgt: Hafnarbeiter 86, Lagerarbeiter 45, Kutscher und Transporteure 46, Ewerführer 7, Kollporteurinnen 5. Die meisten Kranken sind Rheumatismus und Ertältung, aber auch viel durch Unfall: herbeigeführt. An Unfällen sind in diesem Zeitraum 58 zu verzeichnen. An diesen sind die Hafnarbeiter mit 28, Lagerarbeiter 15, Kutscher und Transportarbeiter 13 und Schiffer in 2 Fällen beteiligt. Von diesen Unfällen sind 22 schwerer Art, wie Brüche, starke Quetschungen usw. Daran nehmen die einzelnen Berufe wie folgt teil: Hafnarbeiter 9, Lagerarbeiter 5, Transportarbeiter 6, Schiffer 1. Das ausbezählte Krankengeld verteilt sich auf die Berufe: Hafnarbeiter 1881,57 M., Lagerarbeiter 844,30 M., Transportarbeiter 888,17 M., Ewerführer 127,50 M., Kollporteurinnen 58,10 M. An Arbeitslosenunterstützung wurde, wie bereits erwähnt im Berichtsjahr 1910/70 M. und in neun Monaten 607,25 M. verausgabt. Diese Summe verteilt sich auf die Berufe nachstehend: Hafnarbeiter 155,35 M., Lagerarbeiter 177,80 M., Kutscher und Transportarbeiter 272,10 M. Die Jahresabrechnung ergibt eine Einnahme von 25 647,39 M. und eine Ausgabe von 24 864 M., so daß ein Kassenbestand von 783,39 M. verbleibt. Die Jahresabrechnung mit der Hauptkassette zeigt in Ein- und Ausgabe 15 186,59 M. inkl. einer Voraufzahlung von 5416,78 M. Der Berichtsjahrer schloß seinen Bericht, indem er allen Sektionsleitern, Obrenten und Vertrauensleuten, sowie allen Kollegen, welche an den Ausbau unserer Organisation gewirkt haben, den Dank für ihre aufopfernde Mühe aussprach. Er ersuchte auch im kommenden Geschäftsjahr alle Kraft für die weitere Ertärkung unseres Verbandes einzusetzen. Wir wollen heute erneut geloben, nicht eher zu ruhen und zu rasten bis der letzte Transportarbeiter zu Wasser und zu Land der Dränstation zugeführt ist. Jeder Kollege zu sein ein Vorbild, dann wird und muß der Sieg unser sein! Das Wort wurde zu dem Bericht nicht gewünscht. Beschlossen wurde die Section der Kohlenarbeiter mit den Hafnarbeitern zu verschmelzen. Beide Kategorien sind so eng mit einander verbandt, daß sich kaum ein Unterschied machen läßt. - Ferner wurde eine Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten zu einem Sommerausflugmachen soll. Dann fand die Versammlung ihren Abschluß.

Königsberg i. Pr. Am Sonntag, den 9. Februar, lagte in Rudwigs Hof unsere Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen D. Bode, S. Jölnner, C. Pöppel, E. Ködlig und C. Grotzschendies in üblicher Weise. Uns dem vom Kollegen Werner erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß ein weiteres Steigen der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist. Die Mitgliederzahl beträgt 2 5 0 7. Die Pluralität sei noch immer sehr bedeutend bei 262 Ju- und 239 Abgängen. Die Konjunktur des verflohenen Quartals gestalte sich weniger günstig für unsere Berufsstellen, in der zweiten Hälfte desselben hatten wir bereits 51 Arbeitslose zu verzeichnen. Versammlungen wurden im vorigen Quartal 117 abgehalten, ebenso 84 Besprechungen. Zur Belebung der Agitation machte sich die Verteilung von 36 000 Druckschriften und Zirkularen notwendig. Die Tätigkeit der Ortsverwaltung war nach den verschiedensten Richtungen hin eine umfangreiche. So hat die Ortsverwaltung sich mit der Frage der Einführung einer Sterbendeckung für Kinder aus Ortsm. u. n. zu befassen. Ein diesbezügliches Reglement fand die Zustimmung der Vertrauensleute und der Generalversammlung, sodas dieser neue Unterfütterungsweig mit Beginn der Jahres 1913 in Kraft treten konnte. An Vorfertigungen waren 494, an Ausgängen 902 zu verzeichnen, ferner wurden 23 Schriftstücke für unsere Mitglieder angefertigt. Von Lohnbewegungen ist nur die der Hilfsarbeiter der Union-Gleiserei zu verzeichnen, welche eine Erhöhung der Stundenlöhne von 35 auf 40 Pf. fordern. Der Streik dauert bereits volle 17 Wochen und sind wir mit 83 Mitgliedern beteiligt. Die Ausgaben betragen 22 500 M. Bei Differenzen mußte die Ortsverwaltung 11mal eingreifen, es handelte sich in der Hauptsache um Einhaltung tariflicher Vereinbarungen. Im Arbeitsnachweis waren 56 Stellen gemeldet, von denen wir jedoch nur 13 besetzen konnten. Die Kollegen mußten sich bemühen, dieser Einrichtung unseres Verbandes mehr Aufmerksamkeit zu schenken und offene Stellen ausmachen. Nachdem noch Kollege Werner die wichtigsten Vorarbeiten innerhalb der einzelnen Branchen hatte Revue passieren lassen, schloß er seinen Bericht mit dem Wunsche, daß sich unsere Mitgliedschaft ebenso günstig wie im verflohenen Jahre entwickeln möge. Der Kassensbericht wurde vom Kollegen Genau gegeben, welcher ebenfalls eine gesunde Entwicklung konstatieren konnte. Die Einnahmen betragen 33 629,94 M., wovon der Hauptkassette 531,07 M. in bar, der übrige Betrag in Belegen zugeführt wurde. Beiträge wurden 32 121 Stück umgesetzt. An Unterstützung für Kranke wurden 4171,50 M. und für Arbeitslose 183,65 M. verausgabt. Streikunterstützung wurde in Höhe von 15 247 M. ausbezahlt. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisionskommission einstimmig Decharge erteilt. Anschließend hieran wurde noch der Geschäftsbericht für das Jahr 1912 gegeben, ebenso der gedruckt vorliegende Kassensbericht näher erläutert. Besonders wurden die Lohnbewegungen des Vorjahres noch einmal im Zusammenhang besprochen, und die Erfolge den Kollegen vor Augen geführt. Der Kartellbericht wurde in kurzen Zügen vom Kollegen Rosenbaum gegeben, eine Diskussion darüber nicht beliebt. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden alsdann die Wahlen für die Ortsverwaltung, die Revisionskommission und den Gauvorsitz vorgenommen. Ferner wurde eine Agitationskommission für Schiffer und Fischer eingesetzt, welche sich besonders dieser Berufsgruppe zu widmen hat. Im Schluswort wurde sodann noch auf die letzten politischen

Vorgänge hingewiesen und die Kollegen aufgefordert, ihre Lehren daraus zu ziehen und sich auch auf politischem Gebiet zu betätigen. Die Kollegen mußten sich mehr wie bisher der Werbung neuer Abonnenten für unsere Arbeiterpresse befleißigen, ebenso die gesellschaftliche Bewegung nicht aus dem Auge verlieren. Wenn die Kollegen so auf allen drei Gebieten der Arbeiterbewegung ihren Mann stehen, dann dürfen sie in noch viel größerer Maße wie bisher das Erprobte ihrer Tätigkeit wahrnehmen können. Mit einem Hoch auf die weitere Entwicklung unserer Mitgliedschaft wurde dann die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Kronach-Weihenbrunn. Am 8. und 9. Februar fand die Mitgliederversammlung in Weihenbrunn und Kronach statt. Ein Kollege aus Nürnberg sprach in beiden Versammlungen über: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und der Zweck der Organisation.“ Redner schilderte in kurzen, markanten Zügen die überaus traurige Lage der Arbeiterschaft. Er hob hervor, wie auf der einen Seite riesige Gewinne erzielt werden und dadurch unermeßlicher Reichtum entsteht, während auf der anderen Seite Not und Entbehrung immer mehr und mehr Platz greifen. An Hand einer Reihe von Beispielen zeigte Redner sodann, wie durch diese feilen Zusammenstoß in einer starken Organisation diesen Jählingen abgeholfen werden könne. Weiter beschloß ihn am Schluß seiner Ausführungen. Zu Punkt 2 der Tagesordnung „Verbandsangelegenheiten“, wurde in beiden Versammlungen fast einstimmig beschloßen, ab 1. Juli d. J. den 50 Pf. Beitrag zu entrichten. Wir rufen damit in die zweite Beitragsstufe auf und ist dies sicher ein erhellendes Zeichen fortschreitender Entwicklung für unsere Verwaltungskasse. Weiter wurde noch beschloßen, die Versammlungen in Weihenbrunn in Zukunft im Lokal von Christoph Häublein abzuhalten und für den Kollegen Zeit immer der Kollege Konr. Zipfel als zweiter Vertrauensmann bestimmt. Mit einem kräftigen Appell des Vorstehenden an die Versammelten, die Hausfondsmarken von den Einkassierern zu entnehmen und nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis auch der letzte Berufs Kollege in Kronach-Weihenbrunn dem Verbande angehöre, fanden die sehr gut besuchten und recht anregend verlaufenen Versammlungen ihren Abschluß.

Leipzig. Generalversammlung am 31. Januar. Der Bevollmächtigte erstattete den Geschäftsbericht und verwies hierbei auf den gedruckt vorliegenden Bericht, dabei hervorhebend, daß die Verteuerung der Lebensmittel vom Jahre 1909 im vollen Maße im Berichtsjahr sich geltend machte. Es war daher erklärlich, daß die Mitglieder bemüht waren, durch Lohnforderung einen Ausgleich herbeizuführen. Die Ortsverwaltung hat den diesbezüglichen Wünschen der Mitglieder in weitgehendster Weise Rechnung getragen, so daß das Jahr 1912 für die im Leipziger Handels-, Transport- und Verflechtgewerbe tätigen Arbeiter, ein Kampfjahr war wie kein seit Bestehen unserer Verwaltungskasse. Diese Kämpfe hetten noch niemals einen solchen Umfang und solche Schärfe aufzuweisen gehabt. Das rigoreose Vorgehen der Behörden gab wiederholt zu Beschwerden Veranlassung. Wurde doch während des Transportarbeiterstreiks das Streikpostenspielen verboten, Arbeitswillige mußten sich befristet fühlen, insofern wurden Anklagen gedreht, sodas über jene Arbeiter, die für ein Stück Brot kämpften, 238 Tage Gefängnis und 185 M. Geldstrafe verhängt wurden. Während des Buchhändlermarktbefreiungs verrichtungen Schulpfleger und Kriminalbeamte Streitarbeiter. Die Firma Volkmar, zu deren Inhaber auch der rühmlichst bekannte Alfred Boerster gehört, hatte einen Rechtsanwaltschaft engagiert, der den Au rag hatte, die Arbeitswilligen auszujagen und deren Anklagen dazu zu benutzen, um Anklagen gegen die Ausgesperrten einzurufen. Während des Streiks der Speditionсарbeiter war es wiederum die Bahnbehörde, welche Arbeiter und Beamte abkommandierte zur Verrichtung von Streitarbeit. Als in Wursen die Geschäftsführer streikten, da verrichteten nicht nur Bahnbeamte Streitarbeit, sondern auch Frauen von Bahnbeamten standen auf den Bahnhöfen und luden Kohlen und Breitsis ab. Wo so einträchtig Kollegen, Unternehmern und Bahnbehörde Arm in Arm wandeln, da darf natürlich die Behörde der Stadt Leipzig nicht fehlen, sie befohl daher, daß städtische Arbeiter während des Speditionсарbeiter Streiks streikend mußten und jene, die sich weigerten, eine solch ehrenverleugende Tätigkeit auszuführen, wurden sofort entlassen. Dabei schreit das Unternehmertum mit der Kapitalistenpresse fortgesetzt nach Lohnniedrigungen. Alle diese Vorgänge zeigen, welsch scharfe Formen die wirtschaftlichen Kämpfe annehmen. Trotz dieser Hindernisse ist es wiederum gelungen, dem Unternehmertum Zugeständnisse abzutrotzen. Im ganzen wurden 39 Lohnbewegungen geführt, die sich auf 308 Betriebe verteilten, in denen 5763 Berufsangehörige tätig sind. An den Lohnbewegungen waren beteiligt 4775 Personen. Das Resultat der Lohnbewegungen war in 33 Fällen erfolgreich, in vier Fällen teilweise erfolgreich und in zwei Fällen erfolglos. In 14 Fällen waren die Mitglieder gewonnen, der Waffe des Streiks Gebrauch zu machen. Die Streiks verteilten sich auf 185 Betriebe, in denen 2530 Personen tätig sind. An den Streiks waren 1928 Personen beteiligt. In 20 Fällen wurden Tarife und schriftliche Abkommen mit den Unternehmern vereinbart, die sich auf 163 Betriebe mit 1067 Beschäftigten erstrecken. Die Ausgaben für die Lohnbewegungen und Streiks betragen 41 304,56 M. Die durch die geführten Lohnbewegungen und Streiks erzielten Verbesserungen bestehen darin, daß für 3962 Betriebsangehörige ein wöchentliches Mehrlohn von 8456,20 M. und für 677 eine wöchentliche Arbeitsunterstützung von 2349 Stunden erreicht worden ist. Im Durchschnitt beträgt die wöchentliche Lohnzulage für den einzelnen 2,29 M. und die Verkürzung der

Arbeitszeit 3,4 Stunden. Neben Bekräftigung der Arbeitszeit und Lohnaufbesserung wurde noch eine große Anzahl Verbesserungen gefordert, die in der Bezahlung von Leberfrunden, Sonn- und Feiertagsarbeit, Gewährung von Ferien, Schaffung familiärer Einrichtungen usw. bestehen. Aus all dieser Tätigkeit ist ersichtlich, daß die Organisation ihre Aufgabe erfüllt hat. Dagegen eine wirtschaftlich günstige Konjunktur besteht, war der Arbeitsmarkt in unserem Berufe recht überflutet. Dieses hatte zur Folge, daß 2178 Verbandsmitglieder 44 367 Tage arbeitslos waren. Gegenüber dem Vorjahr ist dieses ein Mehr von 455 Kollegen und 7838 Tagen. Im Arbeitsnachweis wurden 933 Stellen gemeldet, von denen 783 besetzt werden konnten. Bei den besetzten Stellen betrug der Durchschnittslohn 26,93 M. pro Woche und die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit 9,5 Stunden. Die Zugrundelegung des Durchschnittslohnes bei den besetzten Stellen ergibt, daß den arbeitslosen Verbandsmitgliedern ein Lohnverlust von 198 933,88 M. entstanden ist. Im Berichtsjahr waren 1467 Mitglieder erkrankt, darunter befanden sich 360, die im Beruf versichert sind. Durch diese Zahl wird treffend gekennzeichnet, wie traurig es mit den Unfallverhütungsvorschriften in unserem Berufe bestellt ist. Die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung erreichten die Höhe von 50 111,73 M. Insgesamt betrugen die Ausgaben für die verschiedenen Arten der Unterfütterungen 119 042,79 M. Gegenüber dem Vorjahr ist dieses ein Mehr von 15 162,41 M. In agitatorischer und geschäftlicher Beziehung mußte bedeutendes geleistet werden, wurden doch 1164 Versammlungen und Betriebsbesprechungen abgehalten. Pochein- und ausgänge waren 18 324 zu verzeichnen. In 103 Fällen machten sich Verhandlungen mit den Unternehmern nötig. Dabei haben die Funktionäre der Organisation auch auf anderen Gebieten ihre Pflicht erfüllt und zahlreiche Abonnenten für die Arbeiterpresse gewonnen. Die Agitation für die Konsumentenorganisation war ebenfalls erfolgreich, indem 397 Mitglieder für die Konsum-Bereine gewonnen wurden. Ueber die Mitgliederbewegung ist zu berichten, daß unsere Verwaltungskasse am 31. Dezember 7852 Mitglieder zählte und somit eine Zunahme von 1292 erfahren hat. Mit einem kräftigen Appell an die Mitglieder in der Agitation nicht zu erlahmen schloß Redner seine interessanten Ausführungen. Nachdem das Andenken von 46 verstorbenen Mitgliedern in üblicher Weise geehrt worden war, erstattete der Kassierer den Kassensbericht. einer Gesamtsumme von 261 231,56 M. fand eine Ausgabe von 198 993,49 M. gegenüber, sodas am 1. Januar ein Vorkassassenbestand von 62 233,07 M. verblieb. Der Umlauf an Beitragsmarken erreichte die Höhe von 384 406 Stück. Gegenüber dem Vorjahre ist dieses ein Mehr von 77 304. Pro Kopf der Mitglieder betrug der Markenumsatz 48,9. An Sekretariatsmarken wurden 28 757 umgelegt. Der Umlauf an Verbandsausgabenmarken betiefte nicht, indem erst 8206 Stück entnommen worden sind. Aus der Vorkassette wurden 10 040,83 M. für Lohnbewegungen und Unterfütterungen gezahlt. Der Obmann der Bezirksfaffierer erstattete in ausführlicher Weise Bericht und zeigte an der Hand des statistischen Materials, welsch erfreuliche Fortschritte die Bezirke zu verzeichnen haben. Kollege Pfeiffer beantragte im Namen der Revisionskommission, die Kasse und Bücher in better Ordnung vorgefunden hat, dem Kassierer Decharge zu erteilen, was einstimmig geschloß. An die Bezirke schloß sich eine längere Diskussion, die aber nur Nebensächlichkeiten berührte. Bei der Wahl der Ortsverwaltung trat eine Änderung nicht ein, die alte Ortsverwaltung wurde wieder gewählt. Bei der Wahl der Revisionskommission wurde an Stelle des Kollegen Altstadt, der auf eine Wiederwahl freiwillig verzichtete, der Kollege Sammler gewählt. Hieraus erklärte Kollege Wiedemann ein Bild von der Tätigkeit des Kartells und zeigte an der Hand von Beispielen, welche Aufgaben auch in Zukunft im Interesse der Kartellmitglieder zu erfüllen sind. Bei der Wahl der Kartellbelegierten trat eine Änderung nicht ein. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

Magdeburg. Am 3. Februar fand unsere ordentliche Generalversammlung für das 4. Quartal statt, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken fünf verstorbenen Verbandskollegen und vier Ehefrauen von Kollegen in der üblichen Weise. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Schiwertse. Seinen Ausführungen sei folgendes entnommen: Trotz der verhältnismäßig unergünlichen Verhältnisse im 4. Quartal war es möglich, unsere Verwaltungskasse ein gut Stück vorwärts zu bringen. Hatten wir am Schluß des 3. Quartals 3803 Mitglieder, so am Schluß des 4. Quartals 3952, also eine Zunahme von 144. An Lohnbewegungen hatten wir im 4. Quartal drei zu verzeichnen, die alle mit wesentlichen Grundergebnissen für die beteiligten Arbeiter endeten. Bei der Petrochemiebehandlung „Fabri“ war es möglich, den Grundlohn der Kutscher im Sommer um 2 M., im Winter um 1 M. die Woche zu erhöhen, den Anfangslohn des Stalmanns auf 25 M. pro Woche zu bringen. Das Pferdefleischer wird an Sonntagen mit 3 M. bezahlt. Bei der Firma Gebr. Barack erhielt ein 16 Kollegen eine wöchentliche Zulage von 2 bis 3 M., Bezahlung der Ueberjünger, Vergütung für aus 8 616. Außerdem wurden bei 17 hiesigen Kassenfirmen Tarifverträge eingereicht. Vier Firmen haben mit der Organisation einen Tarifvertrag vereinbart. Auch die übrigen Firmen können sich gesagt sein lassen, daß auch dort die Kutscher und Arbeiter sich gerechte Verhältnisse erkämpfen werden. Auch unsere wöchentlichen Mitglieder haben im 4. Quartal erfahren müssen, daß sie von den Arbeitgebern genau so rücksichtslos wie die männlichen Arbeiter behandelt werden. So mußten die Arbeiterinnen bei der Firma Klauwe wegen schlechter Behandlung und Lohnniedrigungen die Arbeit nieder-

